

muß, seine unverjährten Ansprüche bald darauf geltend zu machen und die an den Karpathen wohnenden Russen zu befreien. Das galizische und ungarische Kujensium ist mit dem Moskauer und Tobolsker in geographischer, ethnographischer und ritueller Beziehung identisch. Die politische Agitation ging daher mit religiöser Hand in Hand. Der Privatsecretär des Grafen Ignatieff, M. Dobranski, und der Studierende Naumovic, der 9 Sprachen mächtig ist, reisten nach Oesterreich und Ungarn und gewannen auch unter den Studierenden Anhänger für den „Anschluß an Rußland“. Die Ueberredungsversuche des P. Naumovic waren von reichen Geldpenden unterstützt, die theils in die Taschen der Boden fielen, theils zum Bau von neuen Gotteshäusern in den ruthenischen Pfarrdörfern verwendet wurden. Die Saat der russischen Kugel fiel auf ein fruchtbares Feld; und wenn man nicht Kenntniß von diesen Agitationen erhalten und sie verhindert hätte, so würde der Uebertritt der Ruthenen zur russisch-schismatischen Kirche ein allgemeiner geworden sein. — Die Unversitätsstadt Agram war am 13. d. der Schaulauf eines blutigen Zusammenstoßes zwischen etwa 50 Studenten und der Nachwache, bei welchem es verschiedene schwere Verwundungen gab. Die Veranlassung zu der Affaire ist auf den Haß zwischen Kroaten und Ungarn zurückzuführen.

Die officiell bekant gegebenen Nachrichten aus **Ägypten** reichen bis zum 14. d. abends. Danach herrschte bis zu dem Tage Ruhe in Alexandrien, Patrouillen durchziehen die Stadt Tag und Nacht und die Truppen scheinen ihre Pflicht zu thun. Troßdem aber hat, wie Lord Granville im englischen Oberhause mittheilte, die Panik unter den Europäern nicht nachgelassen. Eine aus Alexandrien von Donnerstag Abend datirte Depesche des W. T. B. meldet: „Es werden neuerdings wieder Versuche gemacht, zwischen der Militärpartei und dem Khebidive zu vermitteln. Die Militärpartei werde dem Khebidive gehorchen, wenn er Khairy Pascha und Telaar Pascha, seine vertrauten Rathgeber, entlasse.“ Diese Nachricht klingt plausibel. Arabi Pascha ist ohne Zweifel immer noch unbeschränkter Herr der Situation, und er wird es allem Anscheine nach so lange bleiben, bis sich die Mächte über einen entscheidenden Schritt geeinigt haben. Nicht bloß der Khebidive sondern auch der Commissar der Pforte, Derwisch Pascha, scheint einflußlos zu sein. Die Lage der Dinge drängt demnach zu einem, wenn auch nur provisorischen Pact mit dem Manne, der die Situation beherrscht. Die gestern mitgetheilte Nachricht der „Times“, daß der Khebidive und Derwisch Pascha an die Pforte das Gesuch um Entsendung von Truppen gerichtet habe, wird von Konstantinopel aus mit dem Hinzufragen bestätigt, daß dort an maßgebender Stelle noch kein Beschluß darüber gefaßt sei. Dasselbe Telegramm meldet, die französisch-englische Erklärung, daß die Votchkafkonferenz nur über die ägyptische Frage handeln solle, werde von allen übrigen Mächten unterstützt. Votchkaf Frankreichs und Englands riefen nach ihrer Erklärung der Pforte von Neuem die Konferenz anzunehmen. Welche Antwort die Pforte auf das erneute Drängen der Westmächte gegeben hat, wird nicht mitgetheilt, auch erfährt man nichts darüber, ob die Mächte und insbesondere ob Frankreich das Gesuch des Khebidive um Entsendung einer türkischen Streitmacht nach Ägypten befürworten. Es hat indeß den Anschein, als wenn es zur Zeit keinen anderen Ausweg für die Pacification Ägyptens gebe, als die Besetzung des Landes mit türkischen Truppen.

Deutschland.

— (Der Reichskanzler) wird, wie wir hören, nach Vertagung des Reichstages den Eintritt günstiger Witterung abwarten, um sich aufs Land, es heißt nach Barzin, zu begeben; auch die preussischen Minister werden vom nächsten Monat ab nach einander ihre Urlaubsreise antreten, so daß immer nur zwei oder drei Mitglieder des Staatsministeriums in Berlin anwesend sein werden. Wie man hört, wird vor der Abreise des Reichs-

kanzlers noch die Festsetzung des Termins der preussischen Wahlen anberaunt werden. Es wird angenommen, daß dieselben bereits im September erfolgen sollen. In Abgeordnetenkreisen erzählt man, es sei eine kurze Vorbesitzung des Landtags beabsichtigt, in welcher lediglich die einleitenden Formalien erledigt werden sollen, während die Hauptvorlagen, d. h. der Etat und das Verordnungsgezet, dessen unveränderte Wiederbringung beschlossene Sache sei, erst in einer Sitzung erfolgen würden, welche sich dem Reichstage anzuschließen hätte. Selbstverständlich handelt es sich hierbei lediglich um Gerüchte, deren Bestätigung heute gewiß von keiner Seite aus erfolgen kann, da Entschlüsse über alle diese Dinge jedenfalls erst nach Monaten zu erwarten sein dürften.

— (Der Generalsstaatsanwalt von Schwarz), der seiner Zeit als Mitglied der Justizcommission des Reichstages bereits die Frage der Entschädigung unschuldig Verurtheilter erörterte, ist mit der Abfassung einer Broschüre über diesen zeitgemäßen Gegenstand beschäftigt.

— (Der „Reichs-Anz.“) schreibt: Aus Anlaß der Laufe des prinziplichen Urtheils Sr. Majestät des Kaisers sind Allerhöchstselben wiederum zahlreiche patriotische Kundgebungen, namentlich auch von Kriegervereinen, aus allen Theilen des Reichs zugegangen. Dieselben haben als erneute Beweise der Liebe und Anhänglichkeit Sr. Majestät den Kaiser und König auf das Freudigste berührt.

— (Ueber die Lage der Arbeiter, speciell den Stand der Arbeitelöhne,) liegen aus den verschiedenen Interessentenkreisen sehr abweichende Mittheilungen vor. Die schuzöllnerischen Arbeitergehe wissen von einem sehr beträchtlichen Mehrverdienst der Arbeiter zu melden; es gilt dies namentlich von der durch den Verein deutscher Eisens- und Stahlindustrieller aufgenommenen Statistik, auf welche sich in den letzten Zolldebatten auch ein Regierungsvertreter berief. Ganz anders lauten die Nachrichten aus Arbeiterkreisen. Nach diesen ist der Mehrverdienst, wo er überhaupt eingetreten ist, nur durch Mehrarbeit, verlängerte Arbeitszeit u. erzielt worden; überwiegend hat aber eine Steigerung des Verdienstes nicht stattgefunden, in manchen Fällen ist sogar der bisherige Lohnsatz noch gesunken. So sprach sich in der letzten Zolldebatte ein sozialistischer Redner aus, so lautete das Ergebnis der neuesten Lohnstatistik der deutschen Gewerksvereine. Unter diesen Umständen verdient eine besondere Beachtung jede aus Arbeitgeberkreisen herstantommende Darlegung, welche den Stempel der Objectivität trägt. Eine solche findet sich z. B. in der Einleitung zu dem jüngst erschienenen Jahresbericht der Mannheimer Handelskammer, und dieselbe beschäftigt im Wesentlichen die aus Arbeiterkreisen gemachten Angaben. Es heißt darin nämlich: „Was die Arbeiterverhältnisse betrifft, so hat eine Vermehrung der Arbeiterzahl fast nur in den Maschinenfabriken stattgefunden; eine Erhöhung der Löhne ist auch hier nur vereinzelt zu constatiren und theilweise nur indirect in reicherer Beschäftigungsgelagenheit zu suchen. Eine Vergleichung der Durchschnittspreise der hauptsächlichsten Nahrungsmittel der arbeitenden Klassen in den drei letzten Jahren am Plage läßt erkennen, daß der Preis des Brotes erster und zweiter Sorte gegen 1879 erheblich gestiegen ist, ein Mißstand, der im Vergleichsjahre glücklicher Weise durch den ungewöhnlich billigen Preis der Kartoffeln aufgewogen wurde.“

Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag. Freitagsitzung. Der Reichstag hatte am Freitag eine Tagesordnung von 26 Gegenständen. Eine Korrektur der Beschlüsse zur letzten Zolltarif-Novelle ward ohne Debatte angenommen. Eine längere Debatte ergab dagegen der Antrag des Bundesraths, den Reichstag vom 19. Juni bis 30. November d. J. zu vertagen, doch wurde dieser Antrag unter mehrseitiger Verwahrung, mit dieser Ausnahme eine Prärogative für die Zukunft zu schaffen,

angenommen. Recht lebhaft ging es auch bei der Berathung der Interpellation des Abg. Grillenberger her, der sich über zudringliche polizeiliche Verfolgung der sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses beschwerte und wissen wollte, ob die preussische oder die Reichsregierung diese Ueberwachung angeordnet und was die letztere eventuell dagegen zu thun gedenke. Der Bundes-Kommissar v. Bötticher erwiderte, daß die Reichs-Regierung diese Ueberwachung nicht angeordnet, auch von einer Anordnung derselben durch die preussische Regierung keine Kenntniß habe und sich daher auch über Maßnahmen dagegen noch nicht habe schlüssig machen können. Erst wenn die behaupteten Thatsachen amtlich außer allem Zweifel gestellt seien, lasse sich etwas dagegen thun, und sie stelle dem sozialdemokratischen Abgeordneten anheim, doch einmal die Person eines solchen Verfolgers festzustellen und sich dann bei seinem Vorgesetzten darüber zu beschweren. Abg. Lasker findet es eines Abgeordneten unwürdig, ihm zuzumuthen, sich auf der Straße mit Polizeibeamten herumzuschlagen, um diese dingfest zu machen. Der Abg. Günther (Berlin) tritt ihm hierbei bei, ebenso der Abg. Frohne, der das Kapitel der polizeilichen Belästigung seiner Freunde noch bedeutend erweitert. — Hierauf folgten Wahlprüfungen. Das Haus erklärte die Wahl des Abg. Hempel (3. Wahlkreis Bromberg) für ungültig und ersuchte den Reichskanzler um Beweiserhebung über die dabei vorgenommenen Gesetzwidrigkeiten; ebenso in Betreff der Wahl des Abg. Hänel (Kiel), die beanstandet wird. Die Wahl des Abg. Rickert (Danzig) wird für gültig erklärt, die des Abg. Lenzmann (Arnsberg) beanstandet. — Abg. Dr. Dohrn theilt mit, daß gegen Weihnachten verschiedene Wahlakten aus dem Hause verschwinden und theilweise nicht wieder in das Haus gelangt seien. Die Akten seiner Wahl habe er zu Weihnachten bei der fgl. Regierung in Stettin gefunden, noch ehe sie zur Kenntniß des Hauses gekommen. Abg. v. Kleist-Nezow beantragt nach diesen Wahlprüfungen das Haus überhaupt zu vertagen. Auf Befürwortung durch Windthorst berath das Haus aber noch den Antrag der Elsäßer, in ihrem Landesausschusse den nur französisch Sprechenden das Verlesen deutscher Reden, ausnahmsweise auch die französische Sprache, zu gestatten. Der Entwurf wird angenommen. — Das Haus beschließt, sich nunmehr bis zum Herbst zu vertagen. Schluß 5 Uhr.

— Die Freie Vereinigung hat unter Führung des Abg. Lasker folgende Interpellation eingebracht: In dem Disciplinarprozeß gegen die kaiserlichen Marine-Ingenieure Hoffeld, Weitz und Wiefinger zu Danzig wegen angeblich widergesetzlicher Wahlagitation hat es sich herausgestellt, daß unmittelbar vor der letzten Reichstagswahl der kaiserliche Oberingenieur Dede zu Danzig in Uniform und in amtlicher Eigenschaft mit Zustimmung und auf Veranlassung der kaiserlichen Oberverwaltungsstelle in dem Werkstätten der kaiserlichen Werft wiederholt an dort beschäftigten Arbeiter während der Arbeitszeit Ansprachen gerichtet und es darin unternommen hat, die Arbeiter der kaiserlichen Werft für die Wahl des konservativen Kandidaten v. Puttkamer zu gewinnen. Ist dem Herrn Reichskanzler dies Vorgehen des kaiserlichen Oberingenieurs Dede und seiner vorgelegten Dienstbehörde bekant geworden, und welche Maßregeln beabsichtigt derselbe eintreten zu lassen, um für die Folgezeit derartige unzulässige amtliche Wahlbeeinflussungen durch die kaiserlichen Werft zu Danzig zu verhindern?

Es scheint also doch, daß in dieser Angelegenheit schon jetzt mehr bewiesen worden ist, als sich die konservativen Propaganda träumen lassen, die noch kürzlich mit komischer Naivität trotz des gefällten erstinstanzlichen Richterspruchs behaupteten, daß noch gar nichts bewiesen sei! — Gegen die antirenden Richter, die allerdings nicht im konservativen Sinne entschieden, läßt sich eine insamere Beleidigung kaum aussprechen.

Eisenbahn, Post, Telegraphen.

Den Paketsendungen nach Belgien brauchen fortan nicht mehr drei, sondern nur zwei in französischer Sprache abzufassende Zoll-Inhaltsserkärungen beigelegt zu werden.

Salzbutter

Ia Qualität pr. Pfund 75 Pf.,
IIa " " 70

empfehl

Richard Helbig, Burgstr. 9.

Nordhäuser Brauntwein

per Liter 40 Pfenninge und

50

empfehl

Richard Helbig, Burgstr. 9.

Vollständiger Ausverkauf.

Strohhüte.

Da ich beabsichtige mein seit 40 Jahren betriebenes Geschäft aufzugeben, so werden alle Waaren unter dem Werthpreis verkauft, als:

Garnirte Strohhüte für Damen, Mädchen und Kinder, ungarirte aller Arten, feinste Florentiner Herrenhüte für 2 Mark 80 Pf. Echte Loden- und Filzhüte für Herren 2,50 Mark, Knaben 1,50 Mark, Schülerrhüte 2 Mark.

Ferner **Blonden, Nischen, Band u. s. w.**
Meine Bude befindet sich wie immer gegenüber dem goldenen Arm an der Kirche.

J. C. Kirchner aus Leipzig.

Bekanntmachung.

Meinen werthen Kunden zur Nachricht, daß ich das Geschäft meines verstorbenen Mannes, des Klempnermstrs. **Louis Kathe**, in gleicher Weise und unter gleichem Namen fortführen werde, und bitte bei Bedarf mich gütigst berücksichtigen zu wollen.

Ch. Kathe, Markt 13.

Die anerkannt beste und billigste Bezugsquelle für

Schuhwaaren

bietet der Verkauf von **Jul. Mehne's Schuhwaaren-Niederlage**, kleine Ritterstraße 1. Reichhaltigste Auswahl von allen existirenden Sorten vom feinsten bis zum gewöhnlichsten Genre. Streng reelle Bedienung. Umtausch gegen gestattet.

NB. Reparaturen prompt.

D. D.

Achtung.

Bei mir werden Kauf- und andere Verträge, Testamente, Klagen, Klassen-Verzeichnisse, überhaupt schriftliche Arbeiten aller Art angefertigt.

Ich vermittele Kauf-, Geldgeschäfte und Vergleiche und habe stets Kapitalen jeder Höhe gegen 4 1/2 Prozent für gute Hypotheken bereit.

Mein Bureau ist täglich, auch an Sonn- und Festtagen für Jedermann offen und bin ich auch zur Abhaltung von Auktionen bereit.

Merseburg, Breitestraße 13.

R. Pauly,

Actuar a. D. und ger. Taxator.

Parquetfussboden

zum Reinigen und Bohren wird angenommen von
Hermann Wiedemann,
Dammstrasse 15.

Zum Jahrmarkt

bestelle ich wieder mit einem großen Lager
fertiger Wäsche
und **Strumpfwaren**

Stand wie immer im Hausflur des
Herrn **G. Funke, Markt Nr. 9.**
J. J. Girschfeld.

Die Kohlenhandlung von Max Thiele,

empfehl **Preßkohlensteine**, aus Meuselwitzer
Kohle gepreßt, von vorzüglicher Heizkraft,
Ludewauer Briquettes
und **prima böhmische Stückkohle**
zu den billigsten Sommerpreisen.

Ich bitte um Einlieferung der
Thüringer Eisenbahn-
Stamm-Actien Ltr. C.
mit dazu gehörendem Salon behufs Umtausch in
Confuls. Derselbe beginnt am 1. Juli er.
Merseburg, den 10. Juni 1882.

Friedrich Schulze.

Jünger & Gebhardt's

preisgekrönte **Glycerinseifen**, in Kiegeln zu
25 u. 50 Pf.,
preisgekrönte **Seifen**, in Kiegeln zu 50 Pf.,
preisgekrönte **Baselineife**, per Stück 50 Pf.,
feinste **Toilettenseifen, Oele u. Parfümes.**
Alleinverkauf bei

Oscar Leberl,

Drogen-Handlung,
Burgstraße 16.

IV. Lotterie Baden-Baden

mit Hauptgewinnen im Werthe von
M. 60,000, 30,000, 15,000,
12,000, 10,000 u. s. w.
zusammen 10,000 Gewinne im Gesamtwerthe von
M. 550.400.

Loose zur 2. Ziehung am 5. Juli 1882
à 4 Mark, sowie Original-Vollloose für alle 5
Classen gültig à 10 Mark empfiehlt
Louis Zehender,
Hauptcollection in Merseburg.

Die Erneuerung der Loose zur 2. Classe
à 2 Mark hat lt. § 3 des Plans bis zum 28.
Juni er. zu geschehen.

Zum Aufholstern der Möbel und Tapezierarbeiten
empfehl sich zu sehr billigen Preisen
Carl Lintzel, Tiefer Keller 3.

Zur guten Quelle.

Frühe Sendung Mal in Gelee auf Eis empfiehlt
F. Beyer.

Speckkuchen

Dienstag von 8 Uhr an.
G. Klaffenbach, Bäckermeister.

Zur guten Quelle.

Heute 4 Uhr nachmittags und 7 1/2 abends Tanz-
stunde.
Schwarz.

Tivoli-Theater.

Sonntag den 18. Juni 1882.
(Vorstellung im Abonnement.)

Zum ersten Male:

Die Verlobung bei der Laterne.

Operette von Offenbach,
Vorher:

Zummelfrische.

Komisches Familienbild mit Gesang in 3 Akten.
Montag keine Vorstellung.
Dienstag den 20. Juni.

Das Märchen vom Könige Allgold.

Die geliebten Abonnements- resp. Drogenbilletts haben
zu allen im Monat Juni noch stattfindenden Vorstellungen
gültigkeit.

In Vorbereitung:

Unsere Frauen.

Ein Bureau-Schreiber findet Stellung. Selbst
geschriebener Lebenslauf abzugeben unter **Y. Z.**
in der Exped. d. Bl.

Ein ordentliches fleißiges Mädchen wird zum 1. Juli
gesucht von **Frau Strehl, Renmarkt 59.**

Ein Dienstmädchen, im Alter von 16—18 Jahren,
am liebsten von Lande, wird gesucht **Steinstraße 71.**

Bitte an edle Menschenfreunde!

Ein armer Familienvater, gewesener Unteroffizier,
30 Jahre alt, unbescholten, mit den besten Zeugnissen
versehen, im Schreiben nicht unerfahren und von an-
genehmem Aussehen, bittet geehrte Herrschaften dringend
um eine Stelle als Portier, Aufseher, Diener, Votz u.
Bittsteller hofft auf diesem Wege Erfolg, da seine
vielfachen Bemühungen um Erlangung einer Stelle bei
Behörden wegen mangelndem Civilverorgungsschein bis-
lang vergeblich waren und würde, wenn nicht baldige
mildthätige Herzen sich seiner annehmen, mit seiner
Familie in die bitterste Noth geraten und dem Unter-
ganze durch Hunger entgegen sehen.
Gefällige Offerten bittet man in der Exped. d. Bl.
unter der Chiffre **U. 100** niederzulegen.

Ein brauner Regenschirm wurde am 10. d. M.
auf hiesigem Wochenmarke gefunden. Abgeholt
Markt 33.

Provinz und Umgegend.

Der Herr Oberpräsident der Provinz Sachsen hat der Berliner und der Rheinischen Missionsgesellschaft für die Jahre 1881 bis incl. 1885 gestattet, innerhalb des Gebietes der mit ihnen verbundenen Hilfsvereine in der Provinz Sachsen alljährlich eine Hauscollekte unter den evangelischen Gemeindegliedern abzuhalten.

Vor dem Schwurgericht zu Raumburg stand am 15. d. M. der taubstumme Schriftsetzer Ludwig Ernst Dehler zu Weisensfeld, geb. am 11. Septbr. 1858 in Merseburg. Derselbe ist angeklagt, am 19. März cr. früh einen in der Nähe von Weisensfeld belegenen, der Frau verw. Nitzergutsbesitzer Otto daselbst gehörigen Strohdieken im Werthe von ca. 2400 Mark vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben. Der Angeklagte ist gehandigt. Er ging am Abend vor dem Brande nach Feierabend in die Restauration „Zum Bürgergarten“ in W., trank daselbst etwa 6 Glas Bockbier, begab sich da nach dem Rathskeller, wo er sich ein Glas Lagerbier geben ließ, um sich bald wieder nach dem „Bürgergarten“ zu wenden und sich dort weiter am Bockbier zu laben. Daß er dabei des Guten zu viel genossen, ist daraus zu nehmen, daß er am andern Morgen total betrunken im Rinnstein vor dem „Bürgergarten“ lag. Wie er dahin gekommen, weiß er selbst nicht, nimmt aber an, daß er aus dem Lokale hinausgeworfen sei. Als er gegen 6 Uhr erwachte, vermißte er sofort Hut und Uhr, welche letztere er erst ein Vierteljahr besaß. Während und untröstlich über den Verlust der ihm — wie er meint — geraubten Uhr, ging er, nicht wissend, was er that, zur Stadt hinaus und gelangte auf ein Feld, auf welchem ein Strohdieken stand. Hier fastete er den Entschluß, seinem Leben durch Verbrennen ein Ende zu machen. Ohne sich lange zu bedenken, zündete er mit einem Streichholz den Dieken an, und sprang, nachdem er vergeblich versucht, das Feuer wieder zu löschen, in den brennenden Dieken hinein, aus welchem er jedoch bald wieder durch die Schmerzen, welche ihm die Brandwunden an Kopf, Hals und Händen verursachten, herausgetrieben wurde. Bald darauf wurde er von dem Schneidermeister Kayser, welcher den Brand von dem etwa 1000 Schritt davon entfernt liegenden sog. Höländler, in welchem er wohnt, bemerkt hatte und um zu löschen, herbeigeeilt war, etwa 10 Schritte von der Brandstätte stehend und dem Feuer ruhig zusehend, festgenommen, da er durch seine Brandwunden und versengten Kleider, sowie durch sein verhorhtes Aussehen sich sehr verdächtig machte. Durch Kayser und den hinzugekommenen Hofmeister Schröder wurde er sodann zur Polizei gebracht, die ihn sofort verhaftete. Das Wesentliche der Hauptverhandlung wurde dem Angeklagten durch den Taubstummen-Anstalts-Director Herr Köbrich aus Weisensfeld verbalmetzt. Die königl. Staatsanwaltschaft wies nach, daß der Angeklagte bei Ausführung seiner verbrecherischen Handlung weder sinnlos betrunken, noch sich in einer krankhaften Störung der Geistesthätigkeit befinden habe, und bat die Herren Geschworenen, das Schuldig gegen den Angeklagten auszusprechen. Von dem Gegenheil suchte der Verteidiger des Angeklagten, Herr Referendar Höländler, die Herren Geschworenen zu überzeugen und beantragte Freisprechung. Nach kurzer Verathung bejahen die Geschworenen die ihnen von dem Präsidenten gestellte Schulfrage unter Annahme mildernder Umstände, worauf die kgl. Staatsanwaltschaft eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren beantragte, welche der Gerichtshof auf 9 Monate herabsetzte.

(R. Krbl.)

Die raue Bitterung der letzten Tage macht sich auf dem Brocken besonders fühlbar. Seit dem Montage ist dort die Temperatur auf Null gesunken, auch herrscht fortgesetzt starkes Schneetreiben.

Bei Neustadt-Magdeburg ist, wie die „M. Z.“ berichtet, am 14. d. ein elfjähriges Mädchen von einem jungen Menschen überfallen

und schändlich mißhandelt worden. Der Verbrecher wurde durch die Polizei in der Person des schon wiederholt wegen Vagabondierens bestrafte 18 jährigen Arbeiters Jupis aus Neustadt ermittelt und verhaftet.

Im Restaurant Dunkelberg zu Raumburg a/S. findet am Sonntag, den 2. Juli, vormittags 10 Uhr die General-Versammlung des mittel-deutschen Stenographenbundes (System Stolze) statt.

Die zweite Strafkammer des Dresdener Landgerichts verurtheilte am 15. d. M. den Abg. Bebel wegen Majestäts- und Bundesrathsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängnis.

Die diesjährigen Manöver der 8. Division bez. die Manöver des 4. Armeekorps werden nach der S. Ztg. auf dem Plateau des rechten Elferufers von Altenburg in der Richtung nach Gera abgehalten werden.

Der Verbandstag der Thüringischen Vorschußvereine findet in den Tagen vom 2. bis 4. Juli in Rudolstadt statt. Dr. Schulze-Delitzsch wird diesem Verbandstages selbst beizuwohnen.

In Nietleben bei Halle herrschen, wie der S. Ztg. von dort mitgetheilt wird, seit einiger Zeit unter den Kindern Scharlach und Masern so heftig, daß auf Antrag des Herrn Sanitätsrath Dr. Schlott in Halle die Schulen auf vorläufig 14 Tage haben geschlossen werden müssen. In den genannten schlimmen Gassen gefest sich noch die Diphtheritis.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 18. Juni 1882.

Anfangs dieses Jahres offerirten die Inhaber eines Leipziger Auskunfts-Bureaus bei hiesigen Geschäftsleuten ihre Dienste in der Weise, daß sie den Letzteren gegen sofortige Baarzahlung eine Anzahl Formulare überließen, die bei Anfragen über die Vermögensverhältnisse unbekannter Personen ausgefüllt und an das Bureau dirigirt werden mußten, worauf dann die erforderliche Auskunft erfolgen sollte. Jedes Formular präsentirte einen Werth von ca. 2 Mark und hatte das Bureau mit dem zugehenden Formular gleichzeitig die Quittung über den für die erbetene Auskunft gezahlten Betrag in der Hand. Es würde gegen diese Geschäftspraxis nicht viel einzuwenden sein, wenn nur auch wirklich die verlangten Mittheilungen prompt erfolgt wären; dies ist aber bis jetzt leider nicht der Fall. Mehr als fünf Wochen sind verstrichen, seit unser Gewährsmann zum ersten Male von seinem für sichones Geld erworbenen Rechte Gebrauch machte und eine Auskunft von dem Bureau verlangte, und bis heute wartet er vergeblich sowohl auf diese erste wie auch auf eine zweite Auskunft, die er nach einigen Tagen folgen ließ. Es scheint demnach die Manipulation des nachbarschaftlichen Auskunfts-Bureaus, sich vorher für in Aussicht gestellte Dienste bezahlt zu machen, auf Schwindel hinauszuweisen und geben wir den Geschäfts-treibenden unserer Stadt, von diesem „Reinfall“ mit dem Bemerkten Kenntniß, daß wir bereit sind, auf private Anfragen den Namen der Leipziger Firma zu nennen.

In der W. Graulischen Concurs-Sache soll am 23. d. M., vormittags 11 Uhr, auf hiesigem Amtsgericht, Zimmer Nr. 8, die Schlussvertheilung der Masse stattfinden. Der gerichtsseitig genehmigte Vertheilungsplan liegt ebenfalls zur Einsicht aus. Die angemeldeten Forderungen betragen 50 750 Mk. 26 Pf., die vertheilbare Masse 3669 Mk. 86 Pf.

Im Lokal-Verkehr der Thüringischen Bahn werden jetzt auch unter Abänderung der früheren Bestimmungen Schüler-Gesellschaften unter Aufsicht der diesbezüglichen Vergünstigung genießenden Lehrer und Lehrerinnen in dritter Wagenklasse von Personenzügen schon bei einer Theilnehmerzahl von mindestens 10 Personen zu den Sägen für Militär befördert. Die jüngeren Schüler, welche das zehnte Lebensjahr noch nicht überschritten haben, werden je zu zwei

auf ein Militärbillet befördert. (Junge Leute, welche akademische Anstalten, Universitäten, technische Hochschulen, Konservatorien u. d. d. besuchen, sind ausgeschlossen). Die Beförderung erfolgt auf Grund eines von der Billettkasse ausgesetzten Transportscheines gegen einen von dem Lehrer u. d. d. auszustellenden und bei ersterer zu deponirenden Revers. In Betreff der Anmeldung genügt es, wenn bei einer Theilnehmung bis zu 30 Schülern dies eine Stunde vor Antritt der Reise geschieht. Bei stärkerer Theilnehmerzahl hat die Anmeldung, der etwa zu treffenden Veranstaltungen wegen, 24 Stunden vorher zu erfolgen. Fahrunterbrechungen sind reglementsmäßig gestattet, Freigevärt aber ausgeschlossen.

Wegen des am 16. und 17. Juli d. J. in Gotha stattfindenden Kreisturnfestes, an welchem auch der nordostthüringische Gauverband theilhaftig ist, hat der letzte Gaurturntag beschlossen, das für dieses Jahr in hiesiger Stadt beabachtigte Gaurturnfest bis zum nächsten Sommer zu verschieben.

Im kommenden Monat wird in unserer Stadt ein Leiche-wagen-Institut ins Leben treten. Der Unternehmer ist Herr N. G. Ebeling in der Schmalestraße, der getreu unserer althergebrachten Einrichtung des Klassenbegräbnissystems sofort mit drei Leichenwagen auf der Bildfläche erscheint, und zwar einem solchen erster, zweiter und dritter Klasse. Außerdem läßt derselbe noch eine Droschke für Kinderbegräbnisse herstellen, in welcher der Sarg und einige Leibragende bequem Platz finden. Wie man uns versichert, wird die Ausstattung der Wagen allen praktischen und künstlerischen Anforderungen entsprechen, so daß wir mit diesem Institut würdig neben unsere größeren Nachbarstädte treten können. Dem zeitgemäßen Unternehmen wünschen wir den besten Erfolg.

Merseburger Erinnerungen.

Am 20. Juni 1846 wurde die von Halle über Merseburg nach Weisensfeld vollendete Strecke der Thüringischen Eisenbahn zur Benutzung für das Publikum eröffnet.

Am 23. Juni 1815 traf König Friedrich Wilhelm III. in Merseburg ein und nahm auf dem Schlosse sein Absteigequartier. Er erhielt er durch den vom Feldmarschall Büdiger als Kurier abgefertigten Diersten von Thiele die frohe Nachricht von dem glänzenden Siege bei Belle-Alliance.

Am 24. Juni 1002 traf Heinrich II. in Merseburg ein, um sich der Zustimmung der Sachsen zu seiner Erhebung auf den deutschen Königsthron zu versichern.

Aus den Kreisen Querfurt und Merseburg.

Das Amtsgericht zu Lützen verurtheilte am 15. d. einen Gutsbesitzer aus Meyhen wegen Uebersicherung seines Getreideeimens zu 500 Mk. Strafe. Eine Anklage wegen Brandstiftung, von der die Rede war, ist nicht erhoben worden.

Der Superintendentur-Vikar Philler zu Lauchstädt ist zum Kreis-Schulinspektor der Eparchie Lauchstädt ernannt worden.

Am 12. d. M. spielten in Kößschau bei Dürrenberg einige Kinder mit ungelöschtem Kalk. Sie brachten ihn in eine große Glasflasche, gossen Wasser hinein und verkorkten dieselbe. Nach kurzer Zeit explodirte sie mit heftigem Knall. Es erlitten zwei Kinder Glassplitter in Arme und Beine und drei anderen spritzte Kalk in die Augen, so daß noch in der Nacht der Arzt aus Lützen zu Hilfe gerufen werden mußte.

Berichtetes.

(Nachträgliches von der Taufe des jüngsten Hohenzollern-Prinzen). Der Prinz wurde, der „B. B.-Ztg.“ zufolge mit Jordanwasser getauft, welches der Kronprinz von seiner Reise nach Palästina (1869) mitgebracht hat. Das Wasser hat sich durch die lange Reihe von Jahren vorzüglich gehalten, wozu eine Anzahl hineingelegte Kohlenstücke das thierische beitrugen. Das Gefäß, in dem das Wasser in der Berliner Schloß-apothek aufbewahrt wird, ist eine einfache Glasflasche von etwa 1/2 Liter Inhalt und mit der Etiquette-Aufschrift „Jordanwasser“ von der Hand des Kronprinzen versehen. Derselbe hält große Stücke auf dieses Depositum, sodas er sich am Laufftage persönlich versicherte, ob dasselbe auch zur Stelle sei. Den Brauch, mit Jordanwasser zu taufen, haben die Kaiserlicher Diakonisten am preussischen Königshofe eingeführt: dieselben sandten früher regelmäßig eine Flasche Jordan-

weiser zu jeder Taufe. Der Brauch ist, wie man sieht, jetzt offiziell acceptirt.

* (Der Schiefhübler Hr. Fra Raine) produzierte sich am Mittwoch Abend in dem Ballhaus-Theater zu Berlin mit dem Meisergewehr. Man mag von Herrn Raine halten, was man will, das steht fest, ein wunderbar genauer, sicherer und schöner Schütze ist derselbe, gleichwohl hat er am ersten Abend seinen Meister in einem zur Schießbahn nach Evandau kommandirten Unteroffizier eines pommerischen Regiments gefunden. Herr Raine gab mit dem Meisergewehr in einer Minute 22 Schuß ab und erzielte damit 20 Treffer, während der Unteroffizier nur 21 Schuß abgeben konnte, die aber sämtlich in der Scheibe saßen. Man kann sich denken, mit welchem gradezu freudigen Jubel das überaus zahlreiche Publikum dieses Resultat begrüßte. Da der Unteroffizier sich auch an den nächsten beiden Abenden am Preis-Schnellschießen betheiligen wird, so ist den Fremden dieses Sports das Ergebnis mit erschütterlicher Spannung entgegen.

* (Die Firma Krupp in Eisen), welche ihre Thätigkeit immer mehr ausdehnt und neuerdings auch den Bau von Panzerschiffen plant, beschäftigt, in Hamburg auf der Insel Georgswerder eine große Schiffswerft zu errichten. Der Senat von Hamburg sieht dem Project sehr freundlich gegenüber, er empfiehlt aber, die Schiffswerft statt auf den Georgswerder, auf dem Steinwerder anzulegen. Hamburg würde damit um eine der größten industriellen Anlagen Deutschlands, um eine Werkstätte nach Art jener, welche Deutschland am Clyde besitzt, reicher werden.

* (Wichtig für Mütter.) Auf dem vor kurzem in Berlin stattgefundenen Ehrgen-Gongress theilte Herr Dr. Bidder aus Mannheim eine Beobachtung mit welche für die Pflege der kleinen Kinder von erheblicher Tragweite ist. Dr. Bidder hat nämlich bei ein- bis zweijährigen Kindern wiederholt beobachtet, daß unter den Fuß- und Gelenkverrenkungen, welche in seine Behandlung kamen, auch solche sich fanden, bei denen der ein- Fuß ein sog. A-Bein, das andere ein D-Bein. Er führt diese Verrenkungen darauf zurück, daß die jungen Kinder von den Müttern resp. den Ammen oder Kinder-mädchen stets nur auf einem Arme getragen werden. Der Bau des weiblichen Körpers bedingt alsdann, daß die Knie des Kindes in die Vertiefung zwischen Brust und Unterleib der Trägerin hineingepreßt werden. Durch diesen täglich wiederholten, andauernden Druck werden die guten Knochen und Gelenke des Kindes in ihrem Baugestirn beeinträchtigt und verkrümmt. So wird ein Kind, das von Mutter oder Wärterin stets auf dem linken Arm getragen wird, im Laufe der Zeit am rechten Fuß ein D-Bein und am linken ein A-Bein erhalten, während umgekehrt durch fortwährendes Tragen auf dem rechten Arm am linken Fuß des Kindes ein D-Bein und rechts ein A-Bein entsteht. Ohne Zweifel werden auch viele andere Arten von Verrenkungen und Verwachsungen bei jungen Kindern auf diese Ursache zurückzuführen sein. Dr. Bidder hat, wenn solche Fälle sich in seine Behandlung kamen, je einfach dadurch kurirt, daß er die Mütter anwies, die Kinder nunmehr stets auf dem andern Arme zu tragen, um durch die entgegengesetzte Wirkung die Krümmung auszugleichen. Von andern Theilnehmern des Ehrgen-Gongresses wurden diese Beobachtungen bestätigt, es dürfte daher für unsere Mütter beherzigungswürdig sein, darauf zu achten, daß die jungen Kinder abwechselnd auf beiden Armen getragen werden.

* (Ein originelles Testament.) In Wien starb am Sonnabend ein Jüderbäcker, der ein originelles Testament hinterließ. Er bestimmte nämlich in seinem letzten Willen, daß seinem Erbe 52 Prindner aus dem Bürgerverordnungsraus und 48 Judenkindern folgen sollen. Diefelben sollen in offenen Flakern abgeholt, auf den Centralfriedhof gebracht und von dort wieder auf einem Limweg wieder in ihre Wohnung geführt werden. Er bestimmte das, weil er wisse, daß die armen Leute niemals in die Lage kommen, sich eine Spazierfahrt zu gönnen! Jeder Prindner und jeder Judenkind erhält 10 Fl. auf die Hand. Jeder Flaker bekommt für die Fahrt 25 Fl. angezählt, weil der Erbsaffer, wie es in dem Testament heißt, nie in seinem Leben einen Flaker benötigt hat und den Aufwender doch wenigstens nach seinem Tode einen Verdienst aufkommen lassen wollte.

Gemeinnütziges.

Wirkung des Kaffees und Junders auf den Magen. Leber stelle Versuche über Einwirkung des Kaffees auf die Magenverdauung an, über welche er in der Pariser Gesellschaft für Biologie berichtete. Weit entfernt, den Verdauungsvorgang im Magen zu beschleunigen, verzögert der Kaffee denselben vielmehr wesentlich. Gibt man einem Hunde 30 Gramm Kaffee in 150 Gramm Wasser verdünnt und löst das Thier 5 1/2 Stunden später, so ist der Magen blank, die schleimige Deckfläche blutler und die Gefäße der äußeren Haut zusammengezogen; das ganze Organ zeigt auffällige Erscheinungen der Blutmangel. Da somit der Kaffee die Gefäßhämmerung und die Ablagerung des Mageninhaltes verhindert, wie kommt es dann, daß er trotzdem bei vielen Personen, die ihn nach der Mahlzeit zu trinken pflegen, ein Gefühl des Behagens hervorruft. Eine Anzahl verkrüppelter Personen mit trüger Verdauung geistige Unlust und Beeinträchtigung des Denkfähigkeits, und wird durch die reizende Wirkung, die Kaffee auf die Nervencentren ausübt, wiederum aufgehoben. Kaffee und Thee im Uebermaß genossen, haben häufig Diarrhöe zur Folge, weil durch die immer wieder erzeugte Blutmangel der Schleimhaut endlich ein andauernder Zustand der Kongestion hervorgerufen wird. — Dagegen ist Junder, welcher

bei manchen Ärzten in üblem Rufe steht, ein vortreffliches, die Verdauung beschleunigendes Nahrungsmittel. Die Verdauung von Fleisch geht Levens Experimenten zufolge, bei Zugabe von Junder viel vollständiger vor sich. Man kann somit der nachtheiligen Einwirkung des Kaffees auf die Verdauung durch reichlichen Zusatz von Junder entgegenwirken.

Eutalptus als Heilmittel gegen den Schnupfen. Die „Hamb. Gart.-Blg.“ berichtet, daß ein italienischer Arzt, Dr. Rudolfi, bei einem heftigen Schnupfen auf den Gedanken kam, Blätter des Eucalyptus globulus zu zerfauen und den Speichel niederzuschlucken und daß nach einer halben Stunde der Nasenkatarrh verschwunden war. Denselben günstigen Erfolg erzielte er ein zweites Mal. In anderer Weise, doch mit gleichem Erfolge wandte Handelsgärtner Sicovi in Hamburg die Blätter des Eutalptus an, indem er sich von demselben Thee bereite, nach dessen Genuß kein Schnupfen verschwand. Da dieses Mittel durchaus nichts schaden kann, ist es jedenfalls geboten, Versuche anzustellen.

Der als Pflanzsauce so vielfach angewandte Habarber wird in dem größten Theile Sachsens als Rindepflanze noch gar nicht gewürdigt, obgleich er ausgezeichnetes Compost und höchst wohlschmeckendes Gemüse giebt. Zu Compost verwendet man die dicken Blattstiele, die man scharf am Meile abschneidet, schält, in zolllange Stücken schneidet und nicht allzu reich in wenig Wasser kocht, und darauf reichlich Junder und feines Gewürz (weil giebt man hierbei der Zitronenschale den Vorzug) hinzusetzt. Das letztere dämpft den „medicinisches“ Beigeschmack, der nicht Jedem angenehm ist. Da der Habarber Citronen- und Apfelsäure enthält, ist der Geschmack des Composts dem von Apfelsauce ähnlich, und deshalb in der Zeit, wo die Wepfel leeren oder nicht mehr wohlschmeckend sind besonders wertvoll. Von Mai bis August sind die Blattstiele verwendbar, im Mai und Juni aber am wohlschmeckendsten.

Für Blumenfreunde — und wer gehört nicht zu ihnen — möchten wir darauf hinweisen, daß sich frisch geschnittene Bouquets und einzelne Blumen im Wasser desto länger erhalten, je öfter man ihnen frisches Wasser giebt, denn das Wasser, in dem die Stengel stehen, geht sehr bald in einen fauligen Zustand über und wird den Blumen schädlich, statt nützlich. Noch besser ist es, in das Wasser der Blumen ein Stüchchen Würfelsalpeter zu thun; dies erhält das Wasser in besserem Zustande und man kann auf diese Weise ein schönes Bouquet frischer Blumen oft wochenlang onsechtlich erhalten. Es genügt für eine große Blumenode schon ein Stüchchen Salpeter von der Größe einer Hohlhand, der sich ganz wenig auflöst, natürlich muß auch hierbei der frische Wasserwechsel beobachtet werden.

Militärisches.

* Nach einer soeben erfolgten Entscheidung des Kriegeministeriums können die Kräfte, welche im Militärpflichtjahre wegen Krankheit nicht zur Einstellung gelangen (sonst wird bekanntlich im dritten Dienstjahre über jeden Militärpflichtigen definitive Entscheidung getroffen) noch über dies Militärpflichtjahr hinaus zur Ableistung der aktiven Dienstpflicht herangezogen werden, jedoch nur bis zum Ablauf desjenigen Jahres, in welchem dieselben das fünfundschwanzigste Lebensjahr vollenden.

Gerichtliche Entscheidungen.

Das Oberlandesgericht in Hamburg gab dieser Tage eine bemerkenswerthe Entscheidung ab. Ein dortiger Hausmaler, der sein Leben mit 12000 Mt. bei der Lebensversicherungs-Gesellschaft „Janus“ versichert hatte, wurde wegen einer entsetzenden Hanlung zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilt. „Janus“ wollte unter diesen Umständen die Police nicht mehr fortsetzen, während das Amtsgericht entschied, daß eine solche Strafe noch nicht ein bestehendes Vertragsverhältnis aufheben könne, wenn nur die Prämien bezahlt würden. Anders urtheilte das Oberlandesgericht, indem es sich dahin ausdrückte: Es kann keinem Zweifel unterworfen werden, daß eine Versicherungs-Police nicht verpflichtet werden kann, mit erfolgten Verlust ein Vertragsverhältnis fortzusetzen. Eine solche Verurteilung wäre ohnehin eine solche Police auf. Außerdem komme hinzu, daß die Grundlage, unter welcher jener Versicherungsvertrag geschlossen sei, nicht mehr bestehe; denn es sei statisch erwiesen, daß die Sterblichkeit unter Gefangenen eine erheblich höhere sei als unter Menschen, die in regelmäßigen Verhältnissen leben.

Börsen-Bericht.

Halle, 17. Juni 1882.
Weizen 1000 Kilo, fest, 208—221 Mt., exquirit
Maare bis 230 Mt. bez.
Roggen 1000 Kilo, neuer 157—162 Mt.
Gerste 1000 Kilo, 162—172 Mt., Gebalter 174—185 Mt.
Berkennmal; 50 Kilo, 14.50—15.00 Mt. bez.
Dafur 1000 Kilo, 144—151 Mt.
Rübel 50 Kilo, 29.50 Mt. bez.
Ruttermehl 50 Kilo, 8—8.50 Mt. bez.
Kleie, Roggen- 50 Kilo, 6.00—6.25 Mt. bez., Weizen- 5.60—5.80 bez., Weizenkleie 6.00 Mt.
Halle, 17. Juni. Vanges Roggenstroh von 30.00—33 pr. 1200 Pfund. Maschinenstroh von 20—24 pr. 1200 Pfund. Heißes Heu 5—5.25 pr. Etr. Auswärtiges Heu von 4.50—5.00 pr. Etr.

Redaction, Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

Leipzig, 15. Juni 1882.
Weizen netto loco hiesiger 220—228 Mt. bez.
Roggen netto loco hiesiger 156—162 Mt. bez.
Gerste netto loco 160—168 Mt. bez.
Dafur netto loco hiesiger 155—160 Mt. bez.
Rübel netto loco 59.— Mt. bez., pr. Juni-Juli 59.50 Mt. B. pr. 100 Kilo.
Ervitrus per 10000 Liter Proc. ohne Faß, loco 46.— Mt. bez.

Witterungs-Bericht

der meteorologischen Beobachtungs-Station des opt.-mech. Instituts von M. Müller, Merseburg, Windberg Nr. 7.

	16/6. Abds. 8 Uhr.	17/6. Mrgs. 8 Uhr
Barometer Millim.	755.0	778.0
Therm. Celsius	+ 11.4	+ 9.3
Rel. Feuchtigkeit	70.2	83.5
Bewölkung	4	8
Wind	NW.	W.
Stärke	4	14

Anzeigen.
Eine hochtragende Kuh steht zu verkaufen
Blöhen Nr. 31.



Verkauf.

Eine große und einen kleinen Futterkasten und 3 Stalleimer sind zu verkaufen **Oberburgstraße 5.**
Die obere Etage im Hause Noßmarkt 1 ist zu vermieten und sofort oder zum 1 Juli zu beziehen.
Eine freundliche Logis, bestehend aus 2 Stuben, 3 Kammern, Küche nebst Zubehör, ist zu vermieten und zum 1. Juli zu beziehen. Zufragen **Sand Nr. 1 im Laden.**
Eine freundliche möbirtete Stube ist sofort oder 1. Juli zu beziehen **Windberg 10.**
Ein Logis, bestehend aus 2 Stuben mit Kammern, Küche nebst Zubehör, ist zu vermieten und 1. October zu beziehen. **Robert Burkhart, Markt 32.**
Eine ruhige Familie von 3 Personen sucht zum 1. October cr. eine freundliche Wohnung zum Preise von 120 bis 150 Mark.
Offerten werden sub **H. 100** durch die Exped. d. Bl. erbeten.
Eine Wittve mit ihrem Sohne von Auswärts sucht in Merseburg 1 Stube nebst Kammer und Küche sofort zu mieten und entweder 1. Juli oder 1. October d. J. zu beziehen. Abreden mit Preisangabe wolle man in der Exped. d. Bl. abgeben.

Wanzeninktur

vertilgt sofort Wanze mit Brut. à Fl. 50 Pf. Fr. log garantirt. Niederlage bei **R. Bergmann.**

Pfeffergurken,

hochfein im Geschmack, à Pfd. 25 Pf., **Limburger Käse**

Richard Helbig,

Burgstraße 9.

Zum Mittagstisch

pro Couvert 50 Pfg. im Abonnement ladet er gebenst ein **A. Pfell,**

Gasthof zur Stadt Merseburg.

Täglich von früh 8 Uhr an **frische Bouillon**

daselbst.

Pumpernickel,

echt Felsches, verkauft allein

W. Martin aus Leipzig.

Dergl. Macronen, Macronentuchen, Kalms, ost. Ingber u. f. w.

Stand nur allein an der Stadtkirche und Entenplan, kenntlich an der Firma.

Tivoli.

Heute Sonntag den 18. frischen Ansfick des vorzüglichen Rehauer.

Hochachtungsvoll **Gust. Lange.**

uni 1882
10-228 Bkt. bes.
16-182 Bkt. bes.
160 Bkt. bes.
18, v. r. Juni 1882
Bericht
Staats-Station des preuss.
Lehrb., Wiesbaden Nr. 1
Uhr. 17. 1/2. März 1882
700
+ 90
835
3
W
14
g n.
Schragende
Kaufen
N. 31.
auf.
einen
Bauern
aufe
Hofmann
ort oder zum
gehend aus 2
1/2 zu
erfragen
und Nr. 1 in
Einde ist
Windberg Nr.
Studien mit
1. 2. 3.
Bismarck, Nr. 1.
Personen
Bismarck
durch die
eine von
immer und
ist oder 1. 2.
Länge
infur
ut. 2. 3. 4. 5.
R. Bergmann
rken,
25. 26. 27.
Käse
Helbig
9.
gustisch
Bismarck
Pfeil,
Stadt
Mittion
dieselb.
nickel,
sches,
aus
Laccone
u. 1. w.
in der
Stina.
li.
3. freies
Stungs
Lange.

Rede des Abg. R. von Bennigsen,

gehalten in der Reichstags-Sitzung vom 15. Juni 1882.

Abgeordneter von Bennigsen: Meine Herren, nachdem mit überwältigender Majorität die Monopolvorlage vom Reichstage abgelehnt ist, kamte es an und für sich überflüssig erscheinen, mit der Frage der Heranziehung des Tabaks in einer anderen Steuerform uns noch zu beschäftigen. Es scheint mir aber, daß die Kommission, welche zur Prüfung der Monopolvorlage niedergelegt war, und welcher zugleich ein Antrag des Herrn Ausfeld und Genossen überwiegen war, welcher auch auf die weitere Befreiung, namentlich des Tabaks, einging, sehr recht gehandelt hat, indem sie dem Hause eine Resolution vorschlägt, welche einen Anspruch darüber verlangt, daß der Tabak, dem eine neue Besteuerung erst im Jahre 79 auferlegt ist, nicht weiter befristet wird. Zu einer solchen Beschlusfassung wird auch der Reichstag eine dringende Veranlassung haben, namentlich, falls eine große Mehrheit hier im Reichstage vorhanden ist, wie ich einstweilen voraussetze, daß der Tabak, nachdem er, dessen ganze Industrie und Handel und Tabakbau jahrelang in einer solchen Aufregung durch Projekte von Steuern erhalten worden, endlich zur Ruhe kommen möge. Wenn der Reichstag in seiner großen Mehrheit, wie ich glaube, zu einer solchen Beschlusfassung hinneigt, so hat er dazu allerdings, diese Frage in der bezeichneten Richtung zu behandeln, eine ganz bestimmte praktische Veranlassung durch die deutliche Ankündigung, welche sich in den Worten findet, mit welchen der Herr Minister von Bötticher im kaiserlichen Auftrage am 27. April dieses Jahres den Reichstag eröffnet hat. Es heißt an der betreffenden Stelle:

Unter den zur Besteuerung durch das Reich geeigneten Gegenständen steht der Tabak in erster Linie. Nicht hierüber, sondern nur über die Form, in welcher eine höhere Besteuerung dieses Genussmittels herbeizuführen sei, gehen die Meinungen im Reich auseinander, und wird eine Entscheidung durch die Gesetzgebung herbeizuführen sein. Die Mehrheit der verbündeten Regierungen hält die Form des Monopols für diejenige, welche die Interessen der Konsumenten und der Tabakbauer am meisten schon und dabei an Ergiebigkeit alle anderen Formen der Besteuerung übertrifft. Sie würden daher zu anderen Vorschlägen erst übergehen, wenn sie die Ansicht auf Zustimmung der Volksvertretung, das Monopol aufzugeben genötigt wäre.

Darin liegt zweifellos die Ankündigung enthalten, daß jetzt, wo diese Veranlassung der Ablehnung des Monopols eingetreten ist, die Reichsregierung sich mit weiteren Steuervorschlägen hinsichtlich einer stärkeren Heranziehung des Tabaks beschäftigen werde, und daß wir also in Aussicht haben, schon in diesem Reichstage, vermutlich im nächsten Jahre mit solchen Vorlagen besetzt zu werden.

Unter solchen Umständen würde es von erheblichem praktischen Interesse sein, wenn eine große Mehrheit des Reichstags aus überwiegenden Gründen, aus den verschiedensten Verhältnissen hervorgegangen, sich gegen einen solchen Vorschlag, wie er in der Eröffnungsrede angekündigt ist, erklärt, da doch wohl anzunehmen ist, daß das nicht ohne Wirkung für die weitere Bearbeitung dieser Angelegenheit in den Kreisen der verbündeten Regierungen sein würde.

Nun, meine Herren, hat, nachdem in der Kommission der Antrag Ausfeld und Genossen zurückgezogen war, die Kommission Ihnen einen Vorschlag unterbreitet, welcher in seinem ersten Theile dahin sich ausspricht, daß von einer weiteren Beumruhigung und Belästigung des Tabaks abzusehen ist, dann aber in seinem zweiten Theile diesem seinem Anspruche noch eine besondere Motivierung hinzugefügt. Die überwiegende Mehrheit meiner Freunde hat mit mir beantragt, daß die Motivierung des Anspruchs gegen die weitere Heranziehung des Tabaks in dem zweiten Theile des Kommissionsvorschlages gestrichen werden möge. Von einer ähnlichen Auffassung geht auch der Antrag des Herrn Abgeordneten Windthorst aus, und ganz in derselben Richtung bewegt sich der Antrag, den der Herr Abgeordnete Marquardsen und einige andere meiner Freunde eingebracht haben. Ich will hier gleich erklären, daß es, abgesehen von dem zweiten Theile der Motive des Antrages der Kommission, auf welche ich gleich noch mit einigen Worten kommen werde, mir das Entschiedenste und Bestimmteste ist, daß der erste Theil des Antrages der Kommission oder der Antrag Windthorst, oder der Antrag Marquardsen eine möglichst große Mehrheit hier im Reichstage erhält. Denn nur dann, wenn in der Sache einverstanden, auch über die Form eine große Mehrheit des Reichstags sich geeinigt hat, hat ein solches

Botum einen erheblichen Werth und Aussicht, eine praktische Bedeutung für die Beratungen der verbündeten Regierungen zu gewinnen. Es haben deshalb auch der Herr Abgeordnete Marquardsen und andere meiner Freunde ihren besonderen Antrag nur für den Fall eingebracht, eventuell, daß etwa aus Gründen der Taktik, der Reihenfolge in der Abstimmung oder aus irgend einem anderen Grunde weder der erste Theil des Antrages der Kommission, noch der Antrag Windthorst die Mehrheit erhalten, wo dann noch einmal der Reichstag aufgefordert wird, sich über dieselbe Frage in einer etwas anderen Fassung, die ich persönlich auch geneigt bin für die korrektere zu halten, nach dem Vorschlage Marquardsen zu erklären. Ich sage also, ich für meine Person, und ich glaube, da meine Freunde im weitestlichen übereinstimmend denken, wir entscheiden uns dahin — und das wird ja die weitere Diskussion ergeben und im Laufe des Tages sich wohl noch näher herausstellen —, wir sind geneigt, für diejenigen Vorschläge zu stimmen, welche im Stande sind, die größte Mehrheit im Reichstage auf sich zu vereinigen, gleichgiltig, ob der Antrag von uns ausgegangen ist, oder von der Kommission oder von dem Abgeordneten Windthorst.

Nun, meine Herren, was der zweiten Theil des Antrages der Kommission anlangt, welcher mehr die Motivierung zu dem eigentlichen Anspruche enthält, der von der Kommission vorgeschlagen ist, so hat, wie Sie sich erinnern werden, der Abgeordnete Richter in einer Rede, die er vor einigen Tagen hielt, mit sehr starken Worten sich an das Zentrum und noch mehr an meine Freunde gewendet. Er hat sich dahin geäußert, daß diejenigen, die nicht den Muth hätten, — die keine klare Gesetzesstellung einnehmen, und was ähnliche Worte mehr waren — um über diesen zweiten Theil des Antrages der Kommission, also lediglich die Motivierung für den eigentlichen Inhalt des Vorschlages zu beschließen, die Verantwortung dafür treffen würde, wenn demnach aus diesen ganzen steuerpolitischen Projekten und den Differenzen über dieselben zwischen dem Reichszugler und dem Parlament ein Verfassungskonflikt entsände. Meine Herren, das sind sehr große Worte, und wenn eine solche Verantwortlichkeit in einer Ablehnung dieser Motive für eine Resolution wirklich enthalten wäre, dann würden wir allerdings es uns sehr angelegen sein lassen, noch einmal genau zu prüfen, ob es nicht nöthig ist, die vorgeschlagene Motivierung anzunehmen, wenn wir auch nicht in allen Einzelheiten mit derselben einverstanden sind. Aber, meine Herren, wenn wir nun diese Zellen, also die Motive zu einer Resolution, vergleichen mit so großen Worten und so schweren Anklagen, dann stellt sich doch ein Mißverhältnis heraus, wie es nicht größer gedacht werden kann. Was sagen denn die Motive, nachdem also eine weitere Belastung und Beumruhigung der Tabakindustrie für unstatthaft erklärt ist, was der eigentliche Inhalt dieser Resolution ist? Da wird hinzugefügt als Motiv, daß es um so mehr unstatthaft erscheint, als

die schon vorhandenen und in Zunahme begriffenen Einnahmen sowohl im Reich als in den Einzelstaaten bei angemessener Sparsamkeit in allen Zweigen des öffentlichen Haushalts die Mittel darbieten würden, um in der Steuer- und Zollgesetzgebung Härten und Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Ich will keinen besonderen Werth darauf legen, daß die Heranziehung der Sparsamkeit in diesem Zusammenhange mißverstanden werden kann. Das ist für mich in der That nicht entscheidend, obgleich sich demnach die Meinung bin, daß der Herr Abgeordnete Richter vergeblich sich bemüht hat, andere Ressorts und Verwaltungsbranchen nachzuweisen, in denen so große Summen erspart werden können, auch bei der angemessensten und vorzüglichsten Verwaltung, die für diesen Zweck irgend einen praktischen Werth haben würden, andere Ressorts als dasjenige des Krieges. Das aber, meine Herren, mag es beabsichtigt sein oder nur ein Mißverständnis in seiner Worten gefunden werden können, das ist etwas, was der Reichstag in seiner Majorität sich hüten sollte auszusprechen, die Regierung zur Sparsamkeit in solchen großen Summen, die für Steuererleichterungen allein von Bedeutung sein können, in Militäretat, in einem Augenblicke aufzufordern, wo die europäische Lage eine so gespannte ist, (sehr richtig!) daß jetzt weniger als in früheren Jahren eine Möglichkeit, auf bedeutende Abfrichte im Militäretat hinzuwirken, vorhanden ist. Aber wie gesagt, es ist ja dies nach den Erklärungen des Herrn Abgeordneten Richter möglicher Weise garnicht beabsichtigt, es kann auch etwas ganz anderes

darf in Anspruch genommen werden müssen. Und das ist es, was meine Freunde und ich bestritten. Wir sagen: wir wollen, wie wir im vorigen Jahre erklärt haben, was ich verlesen habe, zunächst abwarten, was in normalen Verhältnissen und nachhaltig die Bewilligungen von 1879 und 1880 ergeben. So lange das nicht feststeht, kann man nicht mit Sicherheit sagen, ob für die Bedürfnisse der Einzelstaaten, speziell in Preußen, dasjenige ausreicht, was demnächst vom Reiche dahin weiterfließen wird. Ich sage, obwohl ich mich hier gewissermaßen entschuldigen muß, daß ich den Reichstag belästige mit Unterhaltungen, die mehr in den preussischen Landtag gehören, — ich sage, nachdem einmal diese Erweiterungen solchen Umfang angenommen haben und nachdem ein innerer Zusammenhang auch nicht zu verkennen ist — das Entscheidende der Frage ist vor Allem, welches Bedürfnis für Reformen an Staats- oder Kommunalbesteuerung in Preußen ist vorhanden, und ist über dieses Bedürfnis so weit eine Einigkeit herbeigeführt unter den preussischen gesetzgebenden Faktoren, daß man sagen kann, hier muß schleunig gehandelt werden, die Mittel in dem und dem Umfange angefaßt und erwordentlich, die preussischen direkten Steuern können das unter keinen Umständen leisten, wir müssen das Reich mehr als bisher in Anspruch nehmen? Daß diese Voraussetzungen und daß sie namentlich in ihrem Zusammenhange jetzt schon vorhanden sind, daß sie überhaupt in der nächsten Zeit vereinigt vorhanden sein werden, das bestritte ich auf das allerheftigste. Das gerade ist der Unterschied in der Auffassung, die hier stattfindet, zwischen uns und den Vertretern der Reichsregierung. Das ist das eigentliche punctum saliens, von wo aus die Entscheidung getroffen werden muß.

Meine Herren, hinsichtlich der Rückwirkung der Reichsfinanzien auf die preussischen Finanzen kamte es vor einigen Jahren ja keinem nachdenkenden Abgeordneten in Preußen und im Reiche irgend im Zweifel sein, auch nicht über die Wichtigkeit und die Bedeutung, zeitig Fürsorge zu treffen, wie das zu behandeln sei, was durch die bevorstehende Gesetzgebung aus dem Reiche demnächst nach Preußen fließen würde, — daß dies die Veranlassung gewesen, daß im Winter 1878/79, wo man mit Sicherheit oder wenigstens mit großer Wahrscheinlichkeit voraussehen konnte, daß neue Bewilligungen an Fiskus und Steuern im Reiche im Gange sein würden, die preussischen Finanzen zu erleichtern, daß man da im Landtage den Beschluß gefaßt und eine Zustimmung der Staatsregierung herbeizuführen sich bemüht hat, die sicher stellen sollte, daß dem preussischen Landtage die erforderliche Einwirkung auf Steuererleichterungen in Betreff dieser vom Reiche an Preußen zu überweisenden Summen gesichert werde. Es war, meine Herren, — ich sage das vorausweise für diejenigen, die mit der preussischen Verfassungsgeschichte praktisch vertraut sind — es war angeht die Bestimmung des § 109 der preussischen Verfassung und seiner Befugnisse gar keine leichte Aufgabe, indem die Lösung dieser Frage mit allen möglichen Erinnerungen sogar aus den schlimmsten Zeiten und den höchstgehenden Wogen des Konfliktes zusammenhing. Es ist ein großes Verdienst des damaligen preussischen Finanzministers Hohrecht gewesen, daß er hierüber eine Uebereinstimmung der Regierung und des Landtages herbeigeführt hat. Die Forderung, welche der Landtag damals stellte, war, an und für sich betrachtet, und wenn man nicht auf die berüchtigten verfassungsmäßigen Schwierigkeiten mit ihrem großen historischen Konfliktsuntergrunde Rücksicht nahm, eine einfache. Man sagte sich im Abgeordnetenhaus, wenn wir durch künftige Zuwendungen aus dem Reiche in dem preussischen Etat mehr Geld haben, als wir zur Bestreitung unserer Jahresbedürfnisse gebrauchen, dann kann uns nicht genügen, was gesetzlich damals in Preußen feststand, daß diese überflüssigen Gelder verwendet werden zur Schuldentilgung, da für diese schon hinreichend gesorgt war, und eine weitere Tilgung nur unseren Kindern und Enkeln zu Gute kommen würde und nicht unserer Zeit. Wir haben also damals erklärt, wir wünschten für den Fall, daß in den einzelnen Jahren mehr Geld vorhanden ist, als für unsere Ausgaben erforderlich ist, daß man sich zunächst darüber schlüssig mache, ob nicht eine Erleichterung eintreten habe, indem ein altes Projekt der liberalen Parteien ausgeführt werde, nämlich daß ein Theil der Grund- und Gebäudesteuer den Kommunen überwiehen werde. Ist auch das nicht ausführbar, oder einigt man darüber sich nicht, dann soll das Geld, was in Preußen in einzelnen Jahre nicht verwendet wird, ausgegeben werden zur Erleichterung der Klassen- und Einkommensteuer, indem da bestimmte Steuererlässe nach Monatsimplen vorgenommen werden. Man hatte, nachdem am 14. Februar 1879, den Anträgen des Hauses der Abgeordneten entsprechend, der Finanzminister Hohrecht eine Kabinettsordre oder eine königliche Ermächtigung hatte mittheilen können, welche diesen Wünschen gerecht wurde, und nachdem das Abgeordnetenhaus sich dankbar mit dieser königlichen Ermächtigung in Uebereinstimmung erklärt hatte, eine feste Grundlage gewonnen, auf der man nach und nach diese Verhältnisse ausbauen konnte, auf der nach und nach, in fortschreitender näherer Untersuchung der Reformbedürftigkeit der staatlichen und kommunalen Steuerverhältnisse in Preußen, die aus dem Reiche fließenden Mittel auch die richtige Verwendung für die dringenden Steuererleichterungen in Preußen gefunden haben würden. Es hat auch der Nachfolger des Herrn Ministers Hohrecht durch das Verwendungsgesetz, welches unter dem 16. Juli 1880 publizirt worden ist, der Herr Finanzminister Bitter dieses Abkommen vom Februar 1879 in der Art, wie ich vorhin bezeichnet habe, zum gesetz-

lichen Abschluß gebracht, wonach, soweit die aus dem Reiche fließenden Gelder nicht verwendet werden müssen zur Deckung der Ausgaben, soweit man sie nicht verwenden will zur Erleichterung der Kommunen durch Ueberweisung von Theilen der Grund- und Gebäudesteuer, ein Erlaß an den direkten Steuern gesetzlich eintreten hat. Damit war nach unserer Auffassung eine sichere Grundlage gewonnen.

Nun wäre es Aufgabe der preussischen Finanzverwaltung und der preussischen Gesetzgebung gewesen, auf dieser Basis weiter zu bauen, die Steuern und Steuerbedürfnisse des Staats und der Kommunen einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen, um festzustellen, wo die bessernde Hand anzulegen war durch Reform in Preußen selbst und wie weit man etwa auf neue Reichsmittel greifen müßte. Meine Herren, das ist auch damals zunächst geschehen von der preussischen Finanzverwaltung. Noch im Jahre 1880 hat der damalige preussische Finanzminister, Herr Bitter, einen Reformgesetzentwurf ausarbeiten lassen, sowohl für die Klassen- und Einkommensteuer als auch für die Gewerbesteuer, und im Winter 1880/81 ist dieser Entwurf den Provinzialbehörden zur Begutachtung mitgetheilt. (Hört! hört! links.) Mir ist dieser Entwurf durch die Güte eines Freundes in der Provinz damals mitgetheilt worden; — es ist übrigens gar keine Schwierigkeit gewesen für jemanden, der sich dafür interessirte, diesen Entwurf zu bekommen; ich glaube sogar, man würde ihn erhalten haben, wenn man sich direkt als Abgeordneter, als Mitglied der Finanzkommission, an die Regierung gewendet hätte. Geheim sind Entwürfe, die an viele Dutzende von Behörden und angehenden Kommunalbeamten gesendet werden, nicht zu halten. Nun, meine Herren, — und das bitte ich einmal einen Augenblick festzuhalten, — ist es ganz charakteristisch an diesem damaligen Reformplan des direkten Steuerwesens in Preußen, daß er sich fest auf den Boden stellt der Gesamterträge der Einkommen- und Klassensteuer, (hört, hört! links) daß es ihm gar nicht einfiel, davon auszugehen, daß das absolute Ergebnis dieser Einkommen- und Klassensteuer in Preußen so drückend sei, daß man an denselben erhebliche Abminderungen müsse eintreten lassen. (Hört, hört! links.) Nein, diese Entwürfe sind davon ausgegangen: das, was diese Steuern überhaupt im ganzen eintragen, das drückt die Menschen nicht für den Staat, — ich will hierbei absehen von den kommunalen Steuerzuschlägen — aber in sich sind manche Bestimmungen dieser Steuern veraltet und ungleich trifft die Steuer die einzelnen Klassen der Bevölkerung, ungleich trifft sie die wohlhabenderen, die sich in mittleren Lebensstellungen befinden und die unteren Klassen. Daran ist also zu bessern; man muß eine bessere Form der Veranschlagung herbeiführen, man muß einen Unterschied machen — das war die Absicht dieses Entwurfs — zwischen dem, was der Einzelschädige in dem einzelnen Jahre erwirkt, einzelne aus welcher Thätigkeit, und dem, was er aus ererbtem oder früher erworbenem Vermögen an Zinsen oder Renten einzunehmen hat. Endlich aber muß man vor allen Dingen unterscheiden, ob die Art der Stala eine richtige ist, die Gleichmäßigkeit der Stala nicht zu weit geht, ob nicht die mittleren und unteren Klassen bedeutend erleichtert werden müssen gegenüber denjenigen, welche sich in einer besseren Lebensposition befinden. Also der Grundgedanke des vorhandenen Steuerplans wurde beibehalten, das finanzielle Gesamtergebnis sollte gar nicht alterirt werden; man wollte eine Reform in sich, die nichts oberste an der Schlussumme der Staatseinnahmen und die doch, wo eine Noth oder eine Härte hervorgetreten war, die reformirende und helfende Hand anlegte.

Meine Herren, in derselben Zeit fast oder wenige Monate später, wo ein solcher Gesetzentwurf die Provinzialbehörden beschäftigte, wurde uns ein zweites Verwendungsgesetz vorgelegt im Jahre 1881, in Fortsetzung des von mir vorhin erwähnten Verwendungsgesetzes vom 16. Juli 1880, und es ist doch in hohem Grade auffallend, wenn schon dieses zweite Verwendungsgesetz in seinem Inhalt und mit seinen Zwecken in Uebereinstimmung gar nicht zu bringen ist mit denjenigen Plänen, welche gleichzeitig der Finanzminister, der dieses Verwendungsgesetz unterzeichnet hat, verfaßte, (sehr richtig! links) mit den Reformgesetzentwürfen, die er den Provinzialbehörden in Preußen zur Begutachtung vorlegte. Dieses Verwendungsgesetz von damals wollte nicht den ganzen Betrag der Steuern beibehalten für die Staatskasse, — es wollte die unteren 4 Klassen der Klassensteuer ganz außer Verbindung setzen, es wollte die übrige Klassensteuer den Kreis- oder Kommunalverbänden überweisen; es verfolgte daneben noch denselben Zweck, der schon in dem Gesetze vom 16. Juli 1880 in Aussicht genommen war, eventuell die halbe Grund- und Gebäudesteuer an die Kreis- respektive Kommunalverbände zu überweisen.

Also ein ganz anderer Plan, als derjenige, der gleichzeitig von den Provinzialbehörden erwirkt und begutachtet werden sollte. Dieses Verwendungsgesetz ist damals in preussischen Landtage einer Kommission überwiehen worden, man hat es nicht lediglich im Plenum abgelehnt, und was war das Ergebnis der Verhandlungen in dieser Kommission — ich bin selbst Mitglied derselben gewesen —? Der Inhalt dieses Gesetzes erwidert, nicht der einzelnen Fraktion oder vom einzelnen Parteistandpunkt, sondern im allgemeinen (sehr wahr!) so wenig durchgereift und alles in allem genommen so bedenklich, die Uebertragung namentlich auch der oberen Klassensteuer an die Kommunalverbände, daß nach wenigen Sitzungen, in denen diese Meinungsverschiedenheit und dieser Mangel an Zustimmung zu dem

1880
189
183
182

eren Tabakfabrik —
verwandelt wurde, als
verleitet und man
geführt ist — die
Wort zur Erinnerung
ich den Bestimmungen
zu zahlenden Steuern
ist noch nicht einmal
den Bestimmungen
nen sie von nicht
Es kommt hinzu, daß
entlichen Gesetzentwürfen
über dasjenige, was
werden, als die Frage des
Klassen.
Gründe gegeben zu sein
Forderungen und Gegengründe
nicht hindern werden
großer Geschäftsbereich
hinichtlich des Tabak-
kats ausreicht.
das wirtschaftliche
er, wie die Steuern
haben, und was die
wenigen jährlich zu
fragen gar nicht ohne
Erörterungen, die man
erreichung überaus
Erörterungen über
und vorangehen in
so reformirung
tätlich der Kommunal-
das man nicht
einzelnen Steuern
allein mit großen
schaffen werden an die
verfüge zu beschließen
kann man die Ab-
verleitet, daß man
daraus gewonnen
das Reich fließen und
sehr großer Theil
eigen sein. Es
weil die Einkommen-
steuer die Einkommen-
seiner Bedeutung aus-
ob von dort aus
Mittel ausgeht werden
das Reich ist das
erster Linie ist das
die Ausgaben, die
für sorgen hat, aber in
den. Außerdem werden
durch dasjenige, was
und Steuern überwiehen
man das Steuergesetz
erleichtert. Es ist
der Art und Weise,
werden, aber die
auf der einen Seite
andern Seite werden
steige im engeren Sinne
ist jetzt wieder etwas
namentlich, und man
nahmen welche die Steuer-
nicht vollständig
die behaupten und
erklärter der Kom-
die Einkommensteuer
pünktliche Wirkungen
stände an auf die
einigen Jahren
Einnahmen des
wollen Erlaß
einem Worte, wenn
sagen hinsichtlich
Finanzen, die ein-
zufließen, so für
zufließen, so für
gesetzgebenden
gemein großen



1882
299 Bst. Nr. 1
183 Bst. Nr. 1

dem Falle nach
gen ist, wird das
men Ansehen
leht, schließlich
mission überwiegt
st gegeben, nach
gelegen ist, in
er der veränderte
n, man war, als
angesehene Unter
norschen Wohlth
Geldmittel aber
man war, kam
Vortheil des Land
dieser Klassen
wichtigkeit der
ingen derselben
im Reichstage,
lage noch zu
langen eingehend
en, die zum
Das der Landtag
er gesteht durch
und das er
er bewiesen in
n willigen waren
sichensachen zum
der Herr Reichs
meine Herren,
erhalten möchte
Verpflichtung
ere zu erwarten
der dieser Be
benfalls nicht
den war, dem
Verlage gefolgt
diese Zustimmung
er Annahme
besten auch noch
Bemerkungen
man der Frage
Zusammenhang,
sich widersprech
den Landtag und
vor allen Dingen
wähltesten Steuer

Es hat der Herr Reichskanzler die Meinung ausgesprochen, unsere preussische Klassensteuer wicke wesentlich als eine Kopfsteuer und sei als solche zu verurtheilen. Es ist schon mit Recht darauf hingewiesen worden, daß, soweit etwa für die unteren arbeitenden Klassen diese Bezeichnung überhaupt für richtig erklärt werden kann, schon durch die Maßregel im Jahre 1873 alle diejenigen, die weniger als 140 Thaler, das sind 420 Mark, einnehmen, freigelassen sind. Diese Millionen von früheren Steuerzahlern scheiden also aus, von ihnen wird die Klassensteuer gar nicht mehr erhoben. Nun will ich Gines anerkennen, diese Maßregel von 1873 ist, so weit sie an sich überhaupt berechtigt war, eine nicht konsequente gewesen, an dieser Grenze von 420 Mark durfte man, wenn man eine solche Maßregel an sich für notwendig hielt, nicht stehen bleiben. Wollte man die unteren, namentlich die arbeitenden Klassen vollständig erleichtern, so reichte die Grenze von 140 Thalern nicht aus, sondern man müßte einige Stufen höher greifen, und wenn also der Herr Reichskanzler und die Staatsregierung in Preußen nach näherer Erwägung dieser Frage wirklich der Meinung sind, es solle mal ein großer Schritt geschoben zur Erleichterung der unteren Klassen, zur Befreiung der vom Kanzer erwähnten Hunderttausende von wirksamen und unwirksamen Steuerbefreiungen, — warum legte denn die Regierung nicht die Maßregel vor, daß die vier untersten Stufen der Klassensteuer aufgehoben werden? daß sie aufgehoben würden schon in diesem Jahr? Meine Herren, die Staatsregierung — wenn die Noth wirklich so groß ist, wenn es ein Mangel an Mißgefühl mit den bedrückten unteren Klassen ist, daß man ihnen nicht längst durch Befreiung der vier untersten Stufen der Klassensteuer gerecht geworden ist — die Staatsregierung hat sich dann eine schwere Verkömniß zu Schulden kommen lassen. Denn die Summe, die dazu nöthig war, um diese Erleichterung eintreten zu lassen, war im vorigen Jahre und in diesem Jahre nach der Auffassung der Regierung dauernd vorhanden. Meine Herren, im vorigen Jahre und in diesem Jahre sind mit Zustimmung und auf Veranlassung der Staatsregierung von sämtlichen Stufen der Klassensteuer und den fünf untersten Stufen der Einkommensteuer, also bis zu 6000 Mark Einkommen hinaus, im Ganzen vier Monatsraten dauernd erlassen. Wenn aber die vier untersten Stufen der Klassensteuer bis zur Grenze von 1200 Mark nicht ganz 20 Millionen betragen, so betragen diese erlassenen vier Monatsraten der ganzen Klassensteuer und der fünf untersten Stufen der Einkommensteuer etwas über 20 Millionen. (Hört! hört!)

Also, meine Herren, diese große Maßregel, welche nach den Erklärungen des Reichskanzlers so dringend notwendig ist, wo die Noth so zum Himmel schreit und der Skandal so groß ist, hätte die Regierung mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln schon in diesem Jahre durchzuführen können. Denn das sage ich allerdings, wenn die Regierung eine solche Maßregel vorlegte — manche politische Bedenken und auch nicht ganz wegzuleugnende sachliche Bedenken wären nicht stark genug gewesen, um einer solchen Maßregel ernsthaft Widerstand leisten zu können. Auch diejenigen von uns, die eine vollständige Freilassung der untersten vier Stufen für bedenklich halten in ihren weiteren Konsequenzen, würden, wenn die Regierung einen solchen Vorschlag gemacht hätte, wenn sie gesagt hätte: wir haben hier 20 Millionen, wir können sie dauernd entbehren, den unteren Klassen muß vor allen Dingen vollständig geholfen werden, hier ist die Noth am größten, — kein preussischer Landtag würde schließlich gewagt haben, einen solchen Gesetzentwurf abzulehnen. (Sehr wahr! links.) Also, wenn der Steuerdruck an diesen Stellen wirklich so groß, so himmelschreiend ist, dann ist die preussische Regierung dafür verantwortlich, daß sie eine solche Maßregel auf dem Gebiet der Klassensteuer nicht vorgeschlagen hat; eine solche Maßregel hätte schon in der letzten Session des Landtags durchgeführt werden können ohne ernsthafte Schwierigkeiten.

Meine Herren, das hat die Regierung nicht gethan, sondern sie hat im vorigen Jahre 3 Monate, in diesem Jahre im ganzen 4 Monate dauernd erlassen und dafür 20 Millionen — ich kann es nicht anders nennen, obwohl es die Zustimmung des Landtags gefunden hat — diese ungemein große Summe verzettelt. Einen erheblichen Erfolg, eine drastische Wirkung hatte diese Maßregel nicht. Es ist eine schablonenmäßige, mechanische Erleichterung nach Monatssummen für die Klassensteuer und die 5 untersten Stufen der Einkommensteuer bis hinauf zu 6000 Mark. Es darf Niemand sagen, daß das eine große Reformmaßregel ist, die gleichmäßig wirkt, die eine anerkannt große Erleichterung schafft.

Also eine wichtige Reform, die man mit denselben Mitteln haben konnte, ist unterlassen worden, — und nun wußt man dem Landtage vor, daß er die Schuld daran trägt, daß auf diesem Gebiet noch nicht das genügende gehoben sei zur Erleichterung der äußersten Nothstände!

Meine Herren, ich will mal annehmen, daß die Regierung — und es soll mich freuen, wenn ich heute dazu beigetragen hätte; ich will mich persönlich dafür engagiren, obwohl es immer bedenklich ist, schon für die Zukunft keine Zustimmung zu geben, daß wenn ein solcher Vorschlag gemacht wird, man denselben auch vertreten werde —, daß die Regierung mit dem Landtage diese 4 untersten Stufen der Klassensteuer erlassen hat; dann bleiben die oberen Stufen der Klassensteuer und der Einkommensteuer übrig, und da soll das ein so verwertliches System sein, was nirgends in der gebildeten Welt vorkommt, ein Rest von Barbarei in Preußen? Meine Herren, die

Klassensteuer datirt aus den Zeiten der besten preussischen Traditionen, (sehr wahr! links) in denen nach den schweren Sorgen und den tiefen Wunden, welche die langjährigen französischen Kriege dem Wohlstande des Landes geschlagen hatten, der König Friedrich Wilhelm III., der Fürst-Kanzler Hardenberg und alle die anderen angesehenen mit den Finanzen vertrauten Männer in den Jahren 1818 bis 1822 an die Aufgabe gingen, ein richtiges Finanzsystem für Preußen herzustellen. Aus diesen Jahren und mit dem besten Namen der preussischen Finanzgeschichte, mit der Unterschrift des Fürsten Hardenberg aus dem Jahre 1820, datirt das Klassensteuergesetz, datirt die Umgestaltung des Finanzwesens, wo das Zueinandergreifen der Zölle, der direkten Steuern und indirekten Steuern die sichere Basis liefern sollte für die Ordnung des preussischen Finanzwesens. Bis in die neueste Zeit, vor der neuesten Zeit hat es keinen preussischen Finanzmann, keinen preussischen Staatsmann gegeben, der es für ausführbar gehalten hat, aus diesem Zueinandergreifen der drei Quellen, dieser Grundlage von Zöllen, direkten und indirekten Steuern, einen einzigen Faktor herauszugreifen, ihn im Wesentlichen ganz zu beseitigen und die Last auf die übrigen beiden Faktoren allein zu schieben. Wenn jetzt vom Reichskanzler der Plan aufgestellt wird, die Klassensteuer vollständig zu beseitigen, auch noch die Einkommensteuer bis zu 2000 Thaler abzuschaffen und selbst bis zu 3000 Thaler nur einen Theil der von diesem Einkommen bis jetzt zu zahlenden Steuern fort zu erheben, so thut man das nicht in Uebereinstimmung mit der Finanzgeschichte Preußens und nicht in Uebereinstimmung auch mit der gleichartigen Finanzgeschichte oder mit der gleichartigen Ordnung der Finanzen in anderen europäischen Kulturstaaten. Wie ist es in England? England wird man wohl für einen der hochentwickeltesten Kulturstaaten gelten lassen müssen. In England hat sich das Finanzwesen von Alters her einer vorzüglichen Ordnung erfreut; auf dieses Land sind wir immer verwiesen, wenn es sich darum handelt, die indirekte Steuerquelle stärker heranzuziehen und die direkte Steuerquelle zu schonen. Wie ist es in England? Im Wesentlichen auf der Grundlage der Gesetzgebung der Peel'schen Zeit in den vierziger Jahren hat man noch heute dort eine income-tax, welche in diesem Augenblick rund den achten Theil des ganzen Ordinariums der Einnahmen Englands aufbringt, mit 11 Millionen Pfund, — das sind 220 Millionen Mark! Das bringt also die Einkommensteuer, die direkte Personalsteuer dort auf, welche im Wesentlichen beruht auf der Einschätzung des Einkommens der verschiedenen Kreise der Bevölkerung. Bei dieser Steuer hat man immer die unteren Klassen freigelassen. Die Freilassung unterliegt einer Grenze, die geschwankt hat; es sind zum Theil 150, zum Theil 100 Pfund gewesen. Seit einigen Jahren ist die Grenze wieder bis auf 150 Pfund erhöht. 150 oder 100 Pfund sind 3000 resp. 2000 Mark. Wenn man aber die englischen Preisverhältnisse mit den unserigen vergleicht, kann man sagen, es sind 2000 resp. 3000 Mark in England nach unseren Begriffen etwa gleichzustellen mit 1000 resp. 1500 Mark. Und wenn bei uns die vier untersten Stufen der Klassensteuer freigelassen werden, so sind wir im Wesentlichen auch hinsichtlich der unteren Grenze, 1200 Mark, wie hinsichtlich der Einschätzung auf ziemlich gleicher Grundlage mit der englischen income-tax, die noch kein englischer Finanzminister seit der Zeit von 1845 für entbehrlich gehalten hat, und die, wie gesagt, in England die ungeheure Summe von 220 Millionen, in dem letzten im Gosthaischen Almanach von mir angesehenen Etat von 1881, einbringt. Beiläufig bemerkt, 220 Millionen auf den Kopf der englischen Bevölkerung von 31 Millionen berechnet, das sind rund 7 Mark pro Kopf. Wenn man da auch annimmt, daß der Geldwerth in England ungefähr die Hälfte nur des Werthes ist, wie bei uns, so würde auch die Ziffer von 7 Mark pro Kopf demjenigen etwa entsprechen, was wir in Preußen pro Kopf an Einkommen-, Klassen- und Gewerbesteuer mit 3 1/2 Mark zahlen; also auch pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, gar keine übermäßige Heranziehung — im Verhältnis zu England — in unseren direkten Personalsteuern.

Wenn in der That die Sachen so stehen, dann will ich vor allen Dingen den Wunsch aussprechen, es möge der Herr Reichskanzler durch seine Behörden in Preußen die Reform der Klassen- und Einkommensteuer in sich wieder in die Hand nehmen lassen, und nachdem diese Vorarbeit beendigt ist, mit dem Landtage auf Grundlage des Verwendungs-gesetzes vom 16. Juli 1880 weiter in Unterhandlung treten, damit stückweise weiter gearbeitet wird, zunächst mit Befreiung der größten Nothstände und dann fortgehend zu den mittleren und geringeren Bedürfnissen! Auf diesem Wege glaube ich allerdings, daß schließlich etwas Erhebliches zu erreichen ist. Sollte sich demnächst nach gründlicher Erörterung der Steuer-verhältnisse und Bedürfnisfragen in der That herausstellen, daß die verfügbaren Gelder in Preußen für als notwendig anerkannte Reformen nicht reichen, daß Reichsmittel dafür absolut nöthig sind, dann steht man allerdings vor der Frage in einer ganz anderen Lage, mit einem ganz anderen Material, ob man dazu neue Reichsmittel heranziehen will. Aber jetzt, wo man zum Beispiel nach den Zahlen des Herrn Reichskanzlers aufblühende industrielle Städte in Westfalen und am Rhein, welche 300 bis 400 Prozent Zuschlag bezahlen müssen zur Klassen- und Einkommensteuer, glaube dadurch erleichtern zu sollen und dadurch allein erleichtern zu können, daß man aus dem ganzen Reiche die indirekten

ugt.



monarchischen Gedankens mit parlamentarischen Institutionen und diese Ausgleichung der einseitlichen Idee mit der föderativen, wie wir sie in der Grundlage unserer Reichsverfassung haben, diese so verknüpften Elemente sind aber auch wesentlich für den Fortbestand nicht nur unserer Verfassung, sondern auch für die Gewähr einer ruhigen und gedeihlichen politischen Entwicklung in Deutschland. Brechen Sie einen Theil dieser Elemente, die so kunstvoll und sorgsam zusammengefügt sind, heraus, dann eröffnen Sie die Bahn für Umwälzungen aller Art, wie wir sie in Deutschland und in anderen Ländern zur Genüge kennen gelernt haben. Ich halte es deshalb für ein gefährliches Beginnen, wenn man auch nur an die Möglichkeit denkt, daß die parlamentarischen und konstitutionellen Formen auf die Dauer ihren Dienst versagen, daß die Parlamente in Marasmus und überwucherndes Parteinwesen versinken, daß das deutsche Volk und seine Staatsmänner gezwungen werden, auf alte abgestorbene absolutistische Formen zurückzukommen. Auf die Schwierigkeiten, die mit der parlamentarischen Verfassung, mit der konstitutionellen Verfassung verbunden sind, hat der Herr Reichskanzler in seiner Rede unter Bezugnahme auf andere Länder hingewiesen. Diese Schwierigkeiten haben sich der Natur der Sache nach auch bei uns herausgestellt. Aber wenn man nur an die erfolgreiche Thätigkeit im Reiche seit 1867 denkt und Deutschland in Vergleich bringt mit den Anlässen ähnlicher Erfolge oder mit den Mißerfolgen in jener Zeit in den übrigen europäischen Ländern, so brauchen wir nicht beschämt vor anderen Völkern zu stehen; im Gegentheil, die großen Umwälzungen, die unter der Führung des Reichskanzlers das deutsche Volk vorgenommen hat in einer kurzen Spanne Zeit, sind in einer Weise gelungen auf dem Gebiete der Verfassung und fast der ganzen Gesetzgebung, wie es ohne Beispiel in der ganzen menschlichen Geschichte ist. (Sehr richtig.)

Unter solchen Umständen nach kurzem Mißerfolge in einem einzelnen Gebiet auch nur auf die Möglichkeit hinzuweisen, auf den alten Bundesstag und die absolutistische Verfassung zurückzukommen, dazu ist gewiß eine Veranlassung nicht vorhanden. Mögen die konstitutionellen Schwierigkeiten in Deutschland und dem Westen von Europa noch so groß sein, — mit den Zuständen des absolutistischen Rußland werden wir nicht tauschen und mit den Gefahren, welche der Regierung und dem Volke dort bevorstehen. Und was die Dinge in Deutschland anlangt, den alten Bundesstag und die Erhebung desselben durch die jetzige Reichsverfassung — ja, meine Herren, der Herr Reichskanzler hat gewiß mit vollem Rechte darauf hingewiesen, daß die deutschen Dynastien, also auch die Dynastien der mittleren und kleineren Staaten, welche bekanntlich der deutschen Einigung im bundesstaatlichen Sinne oft genug widerstrebt hatten, daß sie jetzt patriotisch-national genug sind, sich auf diesem Boden zurecht gefunden zu haben, und daß er in ihnen eine Stütze für die Reichsverfassung gefunden hat. Aber wenn jemals die Zeit kommen sollte, wo auf diese Stütze allein die deutsche Verfassung und die politische Zukunft Deutschlands gestellt werden müßte, sie würde sich weder breit noch fest genug erweisen. (Sehr wahr! links.)

Nein, die jetzigen Verfassungen, sie verlangen — und solche monarchisch komplizierte Verfassungen mit konstitutionellen Einrichtungen — sie verlangen vor allem ein lebendiges und einträchtiges Zusammenwirken von Dynastien und Volk und seinen Vertretern, und wo zu irgend einer Zeit einer dieser Theile versagen sollte — vielleicht geht die Nation selbst nicht daran zu Grunde, aber der bisherige Zustand und die bisherige Entwicklung in einer abgeschlossenen historischen Verfassung würde ihr Ende erreicht haben und Umwälzungen unabsehbarer Art würden eine lange Reihe von Jahren gebrauchen, um an die Stelle des aufgelösten wieder etwas dauerndes Neues zu setzen.

Nein, meine Herren, wenn die deutschen Dynastien jetzt die Reichsverfassung, wie sie ist, verteidigen wollen, gewiß wird ihnen dann das Volk zur Seite stehen; aber wenn jemals die Möglichkeit käme, daß mit Hilfe der deutschen Dynastien an die Stelle der jetzigen Verfassung und der jetzigen konstitutionellen Einrichtungen mit Beseitigung des Parlaments etwas anderes gesetzt würde, dann ist die Bahn frei für jede Revolution, dann ist durch den Vorgang revolutionärer Arbeit von oben die Bahn legitimirt und frei für jedes mögliche umwälzende Experiment von unten. (Hört! hört!)

Das Große und Schöne unserer deutschen Entwicklung, das hat darin bestanden, daß nach der Arbeit — der vergeblichen — einzelner Patrioten, ganzer Generationen in zwei Menschenaltern, endlich Fürsten und Völker sich zusammengefunden haben, — wenn auch nicht ohne den schweren Durchgang eines Bürgerkrieges. — Meine Herren, es ist vollkommen richtig, was der Herr Reichskanzler gesagt hat, alle diese Vorbe-

reitungen für die deutsche Einheit von einzelnen Patrioten und politischen Vereinen und die ganze 48er Bewegung waren nicht im Stande, das deutsche Reich zu schaffen, — nein, dazu war ein kräftiger Wille, dazu war die Aufwendung der Machtmittel eines großen Staates erforderlich, um das siegreich durchgeführt zu haben. Das hat mit Recht der Herr Reichskanzler für sich als seine historische Aufgabe und Leistung in Anspruch genommen, daß er den richtigen Moment erfaßte, daß er es gewagt und unternommen hat, daß er seinen König dafür zu stimmen verstanden hat als leitender und verantwortlicher Staatsmann, und daß dann dieses große Werk, das durch Menschenalter vorbereitet war, endlich zum Durchbruch und Abschluß gekommen ist.

Meine Herren, ich habe sonst wohl den Herrn Reichskanzler billiger urtheilen hören, und er hat gewiß schon vielfach billiger gedacht über die Vorbereitungen zu der Umwälzung von 1867 und 1871. Gewiß ist es vollkommen richtig: die Burschenschaften, politischen Vereine und Verbindungen, die einzelnen aufopferungsvollen Patrioten, alle, die sich bemüht haben, den Gedanken der deutschen Einheit in diesem Jahrhundert zum Ausdruck zu bringen, in den Gemüthern wach zu erhalten und für die Durchführung vorzubereiten, sind weit entfernt, für sich in ihrem Innern oder historisch das Verdienst in Anspruch zu nehmen, daß gerade sie es gewesen sind, welche die Umgestaltung Deutschlands herbeigeführt haben. Aber ich will das Bild einmal umdrehen: niemals wäre der Fürst Reichskanzler, und ich sage auch, niemals wäre die Monarchie Preußen im Stande gewesen, dieses Verfassungswerk von 1867 und 1871 im Kampfe gegen Oesterreich und Europa zum Abschluß zu bringen, wenn das, was wir jetzt an einheitlicher Verfassung in Deutschland haben, nicht der Abschluß und das historische Ergebnis einer langen Zeit gewesen wäre, an der die besten Kräfte in Deutschland jede in ihrer Art gearbeitet haben (Bravo! links) und Opfer dafür gebracht haben.

Nein, meine Herren, was hier jetzt in Deutschland fest geordnet da steht, das ist aus dem Geiste des deutschen Volkes, durch patriotische Männer und große Persönlichkeiten lange vorbereitet, endlich zum Durchbruch gebracht. Aber durch einzelne Personen allein konnte es nicht geschaffen werden, wie auch das Volk allein nicht im Stande war, in seiner Uneinigkeit von Nord und Süd und geführt durch die religiösen Gegensätze, mit einer Volksbewegung von unten nach Art der Versuche von 1848 einen solchen Abschluß herbeizuführen. Also ein Mann, wie der Fürst Reichskanzler, der seine große Popularität gerade dem verdankt, daß er nicht etwa allein mit Genialität und übermächtigem Willen und großem diplomatischen Geschick diese Dinge durchgeführt hat, nein, daß er aus dem Geiste des deutschen Volkes heraus, (sehr richtig! links) gewissermaßen als Erbe aller dieser Bestrebungen, Versuche und Anläufe, daß er in voller Uebereinstimmung mit dem Volke endlich die alten Hoffnungen, Wünsche der deutschen Nation nach einer einheitlichen und bundesstaatlichen Verfassung zum Abschluß gebracht hat, darin gerade hat der Fürst Reichskanzler seine historische Bedeutung. Und dann die ungeheure Popularität, welche er sich erwirbt, wie wäre sie erklärlich, wenn das, was geschaffen worden, nicht in voller Uebereinstimmung ausgeführt wäre, unter Zustimmung und Mitwirkung ganzer Generationen des deutschen Volkes, (lebhafte Beifall links) denen der Fürst Reichskanzler und das Haus Hohenzollern die Führer im Abschluß dieser politischen Entwicklung gewesen sind.

Also ich sage, meine Herren, der Reichskanzler hat nach seiner Vergangenheit und wie unsere deutsche Geschichte sich gestaltet hat, so wenig Ursache wie wir, nun zu verzweifeln oder so schwarz zu sehen in die Zukunft des deutschen Volkes. Nein, diese Zukunft, solange Deutschland nicht aufhört, seine Schuldigkeit zu thun, in seinen Dynastien, seinen Staatsmännern, in seinem Volke und dessen Vertretern, bietet ebenso günstige Aussichten wie die irgend eines anderen Landes von Europa. (Sehr wahr! links.)

Und nach alledem, was das Volk in allen diesen schwierigen Zeiten, namentlich im Jahre 1870, an Opfern zu bringen bereit gewesen ist, wenn noch einmal der Reichskanzler oder der über ihm stehende Kaiser an das Volk appellirt, wo eine große Gefahr uns bedroht, dann wird es an der Opferbereitsamkeit und an dem Patriotismus auch dem Volke nicht fehlen, den der Herr Reichskanzler für die Fürsten in Anspruch genommen hat. (Lebhafte Bravo! links.) Ich lege der Zuversicht, daß alle Parteien, und die Liberalen nicht am wenigsten, in einem solchen Falle treu zu Kaiser und Reich stehen und jedes Opfer im patriotischen Sinne bringen werden, was irgendwie in einer schweren Zeit von ihnen verlangt werden wird. (Stürmischer Beifall links. Vereinzeltes Zischen rechts. Anhaltende Bewegung links.)

Größe
Preis
Sommer
große
N. 120.
Monument
dem kommen
Monument
Corres po
Sonntag
die das Blatt
erfühen wir
baldmöglich
regelmäßigen
eintritt.
Abonnement
Postboten
Expedition,
Monument
wie bisher bei
25 Pf. ercl.
bei freier Liefe
Colporteur.
recht zahlreich
ein
die G
M., Vergebung
Politische
Zoll die Schule
frage ist als De
angeseht und
den Kreis vermit
den Mittel- und
den Bereich, daß
den das ago g
liche Erwerbun
sich ein Gebiet.
sehr leicht ich bei
den Preisen auf
die Förderung über
die historische Schul
in den deutschen
Schulgeschichten ein
daß man in Pre
schickte erhebe. A
aber ein Kind der
schickte erhebe. A
den nur als ein
als niedere Kirche
den Nähe Berlins
überverhältnißig
eine zu Anfang
die Volksschul
Kassau
ein besser gen
weshalb so gesch
haben, wenn es
Organismus
der Gegenw
der Bevormund
entgegen hat,
und Bistum
ermöglichte seiner



Bauer

Merseburger

Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pf. durch den Herumträger. — 1 Mark
25 Pf. durch die Post.

N. 119.

Sonntag den 18. Juni.

1882.

** Das Rückzugsgesetz.

Das waren heiße Tage in dieser Woche im deutschen Parlament! Scharfe Worte fielen hinüber und herüber, wie immer, wenn der Reichskanzler persönlich in die Debatte eingreift. Er ist jetzt im Reichstage ein seltener Gast, und er hat am Mittwoch den Mitgliedern desselben bewiesen, daß er eigentlich gar nicht nötig hätte, im Hause zu erscheinen, und daß er, wenn er doch komme, dies nur aus gutem Willen thue. Aber wenn er diesmal erschien, so fühlte er sich dazu wohl dadurch veranlaßt, daß sich Niemand anders unter den Mitgliedern des Hauses noch am Bundesratsstische fand, der im Stande gewesen wäre, die Reulenschläge, welche gegen des Kanzlers innere Politik geführt wurden, auch nur dem Scheine nach wirksam zu vertheidigen. Die Herren Scholz und v. Mayr thaten zwar, was in ihren Kräften stand, aber diese Kräfte sind nicht groß. Und auf den Bänken des Hauses fand sich nur Herr v. Minnigerode bereit, ein paar Worte für das Monopol zu sagen; und wie wenig fest bei diesem Herrn die Ueberzeugung begründet ist, ergiebt sich daraus, daß derselbe vor ein paar Wochen, in der ersten Lesung der Vorlage, sich noch nicht für das Monopol entschieden, sondern „Neutralität“ proclamiert hatte. Bei den Herren Konservativen wechseln eben die Ansichten zuweilen sehr schnell, wenn das Bedürfnis darnach vorhanden ist. Und es war diesmal vorhanden. Fürst Bismarck hätte es den Konservativen lieber sehr verdetelt, wenn Niemand unter ihnen einmal den Versuch gemacht hätte, für seine Pläne einzutreten. Das Wortum Minnigerode wurde freilich dadurch aufgehoben, daß ein anderer Führer der Deutschkonservativen, Herr Ackermann, sich in entgegengefügtem Sinne aussprach. Ja selbst Herr v. Kardorff, dieser Prophet der neuen Wirtschaftspolitik, vermochte diesmal nicht, „gegen den Strom“ zu schwimmen. Und wie ein großer Theil der Konservativen, sprach und stimmte fast das gesammte Centrum gegen das Monopol. Die Herren können eben die Stimmung des Volkes, und neue Wahlen stehen vor der Thür. Um nun die Debatte vom Standpunkt der Regierung aus nicht gar zu kläglich erscheinen zu lassen, mußte Fürst Bismarck, dieser überaus geschickte Parlamentarier, persönlich auf den Kampfplatz treten, um die Niederlage zu verusuchen und wenigstens den Rückzug mit einigem Anstand zu bedecken. Der Geschlagene pflegt den Rückzug mit einer furchtbaren Kanonade einzuleiten, um vor dem Gegner die Größe der erlittenen Verluste zu verbergen und ihn wo möglich so lange hinzuhalten, bis es gelungen ist, die zerstreuten Ueberbleibsel in einer rückwärts gelegenen Position zu sammeln. Das sehen wir auch hier. Uebrigens liegt solche Rückzugskanonade keinen großen Schaden in den Reihen der Gegner anzurichten, schade ist es nur um das Pulver, das dabei unnütz verknallt wird.

Merkwürdig war, daß Fürst Bismarck — obwohl seinem Feldzug zur Gewinnung des Monopols auch ein großer Theil der Konservativen und fast das gesammte Centrum gegenüberstanden — seine Kanonade doch ausschließlich gegen die Stellung der Liberalen richtete. Am Mittwoch

sprach der Reichskanzler unmittelbar nach Herrn Ackermann, der sein Wortum gegen das Monopol begründet hatte. Fürst Bismarck erwiderte gegen Herrn Ackermann nicht ein Wort. Am Montag hatte er seinen größten Unmuth dagegen ausgelassen, daß im preussischen Abgeordnetenhaus das Verwendungsgesetz nicht zur Annahme gelangt war, welches er als Vorspann vor das Monopol nötig zu haben glaubte. Am Dienstag sagt Herr Windthorst, jedes Verwendungsgesetz, das so beschaffen sei, wie das letzte, würde von ihm und seinen Freunden auch in Zukunft abgelehnt werden. Am Mittwoch spricht der Reichskanzler und erwähnt dieser Ausführungen Windthorst's nicht mit einer Silbe. Dagegen darf er nur beim Frühstück die Rede eines Mitgliedes der Fortschrittspartei oder der Liberalen Veremigung zu Gesichte bekommen, und er eilt gewappnet ins Parlament, um darüber seinen vollen Unmuth auszugießen. Und diejenigen Herren aus den Reihen des Centrums und der Konservativen, welche das Monopol ebenso verwerfen, wie die Liberalen, suchen ihre Ablehnung in Angriffen gegen die Liberalen zu hüllen, mit denen sie stimmen, und sie preisen die neue Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers, soweit sie nichts kostet, sondern diesen und jenem was einbringt. Sie sagen, wenn sie auch hier, beim Monopol Nein sagen müßten, so seien sie doch nicht wie die bösen Liberalen, und dadurch, daß sie auf diese losziehen helfen, weil dies gar gern gehört wird, hoffen sie Absolution für ihre Ablehnung des Monopols zu erhalten. Den Liberalen kann dies nur recht sein; sie haben bei den letzten Wahlen die Erfahrung gemacht, daß solche von allen Seiten aus...

scheiden, daß die ersteren wahr seien, was bei den anderen in der Regel nicht der Fall zu sein pflegt! Und den Abg. Bamberger, der schon für Deutschlands Einheit gestritten, als Herr v. Bismarck noch in den bekannten Anschauungen der alten preussischen Konservativen befangen war, beschuldigt er des Mangels an deutschem Patriotismus! Man muß die Kunst bewundern, wie er hinterher seine Worte zurückzunehmen versteht, wie er z. B. beweist, daß die Ausdrücke „Moloch“ und „sujet mixte“ ganz unschuldig und unverfänglich seien und Niemandes Achtung mindern sollten. Es würde aber vielleicht einen bessern Eindruck machen, wenn solche Kunst nicht nötig wäre.

Es ist trotz der bewundernswerthen Geschicklichkeit, welche der Herr Reichskanzler in seinen Reden abermals zu verwenden wußte und in denen er alle Töne anschlug, die ihm früher oft Erfolg gebracht haben, wahrscheinlich, daß er seinen Zweck nicht erreicht. Es sind ja im Grunde alle die schon früher angewandten Argumente, die wieder vorgeführt wurden, und daß sie im Volke nicht den gewünschten Eindruck hervorbringen, das zeigen die Herbstwahlen, das zeigt jede neue Nachwahl. Das Volk hört aus allen den schönen Worten immer nur Eins heraus: „Mehr Geld, meine Herren, mehr Geld!“

Politische Uebersicht.

Die parlamentarische Arbeit ist nach siebenmonatlicher Dauer zu Ende. Allerdings ist der Schluss des Reichstags, der sonst das Signal zur Beendigung ist, noch nicht herbeigeführt, allein die Vertagung auf fast ein halbes Jahr schafft dieselbe Beruhigung. Ein Waffenstillstand auf bestimmte Dauer trägt zuweilen mehr Garantien in sich, als ein „ewiger“ Friede. Schon während man noch am Freitag im Reichstage eifrig debattirte, war die königliche Verordnung eingegangen, welche die Vertagung vom Montag ab auspricht. Das Haus zeigte sich zwar geneigt, am Sonntagabend noch eine Sitzung zu halten, aber schließlich wollte kein Abgeordneter seine Anträge dem Reichstage anvertrauen, wie er am folgenden Tage zusammenzutreten werde. Und so stellte sich denn das Resultat heraus, daß man ziemlich formlos auseinanderging.

In Oesterreich-Ungarn nimmt augenblicklich ein Hochverraths-Prozess gegen eine Anzahl Ruthenen ein hohes politisches Interesse in Anspruch, denn neben den 11 Personen, welche von dem Staatsanwalt als Opfer der Verführung durch russisches Geld geschildert werden, erstigt die russische Regierung auf der Anklagebank vor den Lemberger Geschworenen. Das Hauptmaterial zur Anklage auf Hochverrath bieten die Briefe des ehemaligen Ministers Graf Ignatieff, welche unter den Ruthenen verbreitet wurden und die Parole, unter welcher die Angeklagten in Oesterreich-Ungarn und Galizien für die panslawistische Idee agitirten, war von den Panslawisten geführt, Kaitoff und Alkassoff in Petersburg ausgegeben worden, welche heute am russischen Hofe den mächtigsten Einfluß ausüben. Sie lautete: „Galizien ist ein russisches Land; es gehört von Rechts wegen Rußland, dessen erste Sorge sein

